

Internet-Blog

# kreuz-und-quer.de

**Diskussionsforum zum politischen Handeln aus christlicher Verantwortung**

*herausgegeben von*

*Prof. Dr. Thomas Sternberg, MdL (Sprecher), Dieter Althaus, Alois Glück,  
Dr. Friedrich Kronenberg, Dr. Hermann Kues, Prof. Dr. Norbert Lammert MdB,  
Hildigund Neubert, Dr. Hans-Gert Pöttering, Thomas Rachel MdB,  
Prof. Dr. Annette Schavan, Christian Schmidt MdB, Dr. Erwin Teufel, Prof. Dr. Bernhard Vogel*

Die Artikel im 4. Quartal 2015

# 4 / 2015

Die Autoren:

Norbert Arnold, Hans-Hartwig Blomeier,  
Harry-Peter Carstensen, Stephan Eisel,  
Nino Galetti, Caroline Kanter, Karl-Rudolf Korte,  
Armin Laschet, Frido Pflüger, Susanna Schmidt,  
Anja Sievers, Frank Spengler,  
Thomas Sternberg, Elke Tonscheidt

## **Das Selbstverständnis**

Christen, engagiert in Kirche, Staat und Gesellschaft, denen die politische Gestaltung unserer Welt aus christlicher Verantwortung und Überzeugung ein besonderes Anliegen ist, haben sich im September 2012 zu der Internet-Initiative [www.kreuz-und-quer.de](http://www.kreuz-und-quer.de) zusammengefunden. Der Kreis fühlt sich dem Ziel verpflichtet, lokal und global, im Staat und in der Staatengemeinschaft, für eine politische Ordnung einzutreten, in der Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität verwirklicht werden können.

Die Initiative will in Staat und Gesellschaft das politische Engagement der Christen stärken und unsere Welt aus christlicher Verantwortung und Überzeugung – orientiert am christlichen Menschenbild – politisch mitgestalten. Die Initiative will beim Dialog zwischen Kirche und Welt mitwirken, damit die Kirche als „Sauerteig“ (Mt 13,33), als „Salz der Erde“ (Mt 5,13), als „Samenkorn“ (Mt 13,24), als „Licht der Welt“ (Mt 5,14) in der Mitte der Welt gegenwärtig ist.

Die Initiative will einen Beitrag dazu leisten, dass zu wichtigen politischen Fragen christlicher Weltverantwortung öffentliche Meinung gebildet wird. Diese öffentliche Meinungsbildung soll die erforderliche Willensbildung in Staat, Gesellschaft und Kirche unterstützen.

**In dieser Dokumentation sind die Artikel zusammengefasst, die von Januar – März 2014 auf dem Internet-Blog [kreuz-und-quer.de](http://kreuz-und-quer.de) veröffentlicht wurden. Dieses Internet- Diskussionsforum zum politischen Handeln aus christlicher Verantwortung wurde am 5. September 2012 freigeschaltet. Einmal wöchentlich wird dort ein neuer Artikel zur Diskussion gestellt. Die Kommentare der Leser zu den Artikeln und die Antworten der Autoren finden Sie auf [www.kreuz-und-quer.de](http://www.kreuz-und-quer.de)**

**Nachdruck nur mit Genehmigung der Redaktion.**

**Redaktion:**  
Stephan Eisel (Sprecher), Karlies Abmeier,  
Gerald Hagemann, Klaus Mertes, Ulrich Ruh  
[stephan.eisel@kreuz-und-quer.de](mailto:stephan.eisel@kreuz-und-quer.de)

# Inhaltsverzeichnis

Armin Laschet, Die Zukunft der Bürgergesellschaft gestalten.....	Seite 04
Frank Spengler, Grenzen und Identität – Betrachtungen zu Ungarn.....	Seite 06
Karl-Rudolf Korte, Halbzeit: Sieger und Verlierer der GroKO.....	Seite 09
Hans-Hartwig Blomeier, Flüchtlingskrise in Großbritannien.....	Seite 11
Stephan Eisel, Virtuell – symbolisch – real als moderne Gewaltspirale.....	Seite 13
Norbert Arnold, Gesetzliche Suizidbeihilfe. Die Alternativen.....	Seite 15
Harry-Peter Carstensen, Gottesbezug für Toleranz und Vielfalt.....	Seite 17
Frido Pflüger, Flüchtlingspolitik: Engagement statt Abschottung.....	Seite 19
Caroline Kanter, Die Flüchtlingswellen über das Mittelmeer.....	Seite 21
Nino Galetti, Paris: Fluctuat nec mergitur.....	Seite 24
Thomas Sternberg, Für die Kirche engagieren.....	Seite 28
Susanna Schmidt, Eliten und politische Verantwortung.....	Seite 31
Elke Tonscheidt, Medienmacher im digitalen Zeitalter.....	Seite 33
Anja Sievers, Weihnachtswort 2015.....	Seite 35

28. September 2015

Armin Laschet

## **Die Zukunft der Bürgergesellschaft gestalten**

Die Programmkommission der Bundes-CDU „Zusammenhalt stärken – Zukunft der Bürgergesellschaft gestalten“ hat ihre Arbeit abgeschlossen. Unter meinem Vorsitz haben wir uns mit einer zentralen Frage des gesellschaftlichen Miteinanders in unserem Land beschäftigt: Wie stärken wir unsere Bürgergesellschaft in einer Zeit, die durch die Gleichzeitigkeit von Individualisierung und Globalisierung geprägt ist?

Dazu haben wir aus dem christlichen Menschenbild heraus neue politische Ansätze formuliert. Das konstruktive Miteinander der 40 Experten aus allen Teilen der Gesellschaft hat gezeigt: Auch unter den Bedingungen der Globalisierung, der Digitalisierung und des demographischen Wandels können wir den gesellschaftlichen Zusammenhalt gestalten.

### **Familienpolitik – Politik mit den Augen unserer Eltern und Kinder**

Einen Schwerpunkt des Berichts stellt die Familienpolitik dar. Die Familie bleibt die wichtigste Schule für Mitmenschlichkeit und Verantwortung. Ohne sie ist kein Staat zu machen. Familien bedürfen deshalb besonderer staatlicher Förderung. Wir brauchen Rahmenbedingungen, die Menschen in ihrem Entschluss zur Familiengründung bestärken und kinderreiche Familien besser unterstützen. Eltern sollen insbesondere in der Renten- und Pflegeversicherung auf der Beitragsseite entlastet und familienpolitische Leistungen grundsätzlich stärker nach der Kinderzahl gestaffelt werden. Zuwächse bei Kindergeld und Kinderzuschlag sollen vor allem kinderreichen Familien zugutekommen.

Wir sind weiterhin der Überzeugung, dass vor allem die Ehe als die auf Dauer angelegte Bindung zwischen Mann und Frau dem familiären Zusammenhalt dient. Gleichzeitig wollen wir auch getrennt und allein erziehende Eltern besser stellen, zum Beispiel durch einen höheren steuerlichen Entlastungsbeitrag oder über eine Splittingregelung. Da in der Familie aber nicht nur Eltern für Kinder, sondern auch Kinder für Eltern einstehen, plädieren wir zusätzlich für einen weiteren Ausbau des Netzes zur ambulanten Versorgung und Pflege älterer Menschen sowie eine bessere Förderung generationenübergreifender Wohnformen. Die Versorgung und Betreuung von auf Hilfe angewiesenen Älteren muss gerade im ländlichen Raum zu einer sozialpolitischen Schwerpunktaufgabe werden. Dieser beherzte Maßnahmenkatalog zeigt: die Familienpolitik bleibt ein Herzstück christlich-demokratischer Politik.

### **Starke Demokratie – bürgernah und vielfältig**

Um die politischen Entscheidungsverfahren noch weiter für die Bürgergesellschaft zu öffnen, sollen die bereits vorhandenen parlamentarischen Beteiligungsformen attraktiver gestaltet und auf lokaler Ebene ausgebaut werden.

Unser Abschlussbericht betont zudem die große Bedeutung der christlichen Kirchen für unser Gemeinwesen. Forderungen, die das über Jahrzehnte bewährte Verhältnis von Staat und Kirche in Frage stellen, weisen wir entschieden zurück. Wir sind der Überzeugung, dass eine Weiterentwicklung des Religionsverfassungsrechts nur gemeinsam mit und nicht gegen die Kirchen und Religionsgemeinschaften gelingen kann.

Mit dem Bekenntnis zu Deutschland als Einwanderungsland müssen nach unserer Auffassung besser konzipierte Sprachförderangebote und eine klare Einbürgerungsperspektive für gut integrierte Zugewanderte einhergehen. Dabei setzen wir eine vollumfängliche Akzeptanz unserer gesellschaftlichen Grundwerte seitens der Zuwanderer voraus. Gleichzeitig werben wir für einen Perspektivwechsel in der Flüchtlingspolitik: Junge Menschen, die sich auf den Weg machen und ihr Schicksal in die Hand nehmen, sind eine Bereicherung – zumal für eine alternde und schrumpfende Gesellschaft. Flüchtlingen mit Bleibeperspektive wollen wir eine schnelle Integration ermöglichen.

### **Bildung als Lebenschance – Ehrenamt anerkennen und fördern**

Bildung ist die Voraussetzung für sozialen Aufstieg. Die Schulen sind einer von nur noch wenigen Orten, an dem alle Gruppen unserer Gesellschaft unabhängig von Herkunft oder Bildungshintergrund zusammenkommen. Gerade deswegen ist eine deutliche Aufwertung der Berufsstände „Lehrer“ und „Erzieher“ angezeigt. Um die Chancen der Digitalisierung ergreifen und unseren Nachwuchs auf seine berufliche Karriere vorbereiten zu können, bedarf es einer besseren technischen Ausstattung an den Schulen und einer intensiven Fortbildung von Lehrern hinsichtlich ihrer digitalen und medialen Kompetenzen.

Die Förderung ehrenamtlichen Engagements in den Ländern wollen wird durch Landesstiftungen organisieren. Wir fordern zudem größere Anstrengungen zur Vernetzung engagierter Bürger. Grundsätzlich brauchen wir auch eine stärkere und besser sichtbare Kultur der Anerkennung für Ehrenamtliche.

Ja, Globalisierung, Demografie und Digitalisierung stellen uns vor große, mitunter riesige Herausforderungen. Die CDU als Volkspartei der Mitte hat die Kraft, die Potentiale in unserer Gesellschaft zu heben, die wir jetzt brauchen, um den Zusammenhalt in unserer Bürgergesellschaft zu gestalten. Wir feiern in diesem Jahr 70 Jahre CDU. Da ist viel Erfahrung, auf die wir bauen können. Das macht Mut. Und Mut ist – wie Adenauer schon wusste – das Wichtigste in der Politik.

*Armin Laschet (1961) ist stellvertretender Bundesvorsitzender der CDU Deutschlands sowie Landes- und Fraktionsvorsitzender der CDU Nordrhein-Westfalen.*

*Der Kommissionsbericht „„Zusammenhalt stärken – Zukunft der Bürgergesellschaft gestalten“ ist unter <https://www.cdu.de/artikel/zukunftskommissionen-wandel-aktiv-gestalten> abrufbar.*

8. Oktober 2015

Frank Spengler

# Grenzen und Identität

## - Betrachtungen zu Ungarn -

Als ungarische Sicherheitskräfte am 16. September 2015 an der Grenze zu Serbien Tränengas und Wasserwerfer einsetzten, reagierten die internationalen Medien darauf geschockt und mit massiver Empörung. Diesen dramatischen Szenen vorausgegangen war ein gewaltsamer Ansturm durch Hunderte von Flüchtlingen auf ein Grenztor. Nur mit Mühe gelang es der ungarischen Polizei, die Steine werfenden Menschen zurückzudrängen. Die serbische Polizei dabei griff nicht ein. Nach einiger Zeit gelang es den serbischen Behörden, die Flüchtlinge davon zu überzeugen, einen anderen Weg in die Zielländer zu nehmen. Sie organisierten dann Busse, die die Flüchtlinge an die serbisch-kroatische Grenze brachten.

Auf die ungarischen Verantwortlichen hagelte es internationale Vorwürfe vor allem hinsichtlich der Verhältnismäßigkeit des Polizeieinsatzes und dass der europäische Wertekonsens damit verletzt worden sei. Die ungarische Regierung wiederum wies darauf hin, dass sie nur die Rechtslage in Europa umsetze: die Sicherung der Schengen-Grenze gegen illegale Grenzübertritte. Die Ereignisse an der ungarisch-serbischen Grenze überraschten zwar viele EU-Bürger, diese Entwicklung war aber absehbar.

Der kroatische Innenminister Ranko Ostojic erklärte umgehend, dass das Land 1.500 Menschen pro Tag aufnehmen könne und dass man die Flüchtlinge auf den Weg nach Österreich und - damit auch nach Deutschland - nicht aufhalten werde. Die slowenische Regierung war und ist weiterhin aber nicht bereit, die Sicherung der Schengengrenze auszusetzen. Sie ließ nur eine geringe Anzahl von Migranten in das Land und verstärkte die Grenzkontrollen. Daraufhin führten die kroatischen Sicherheitskräfte die Flüchtlinge an die ungarisch-kroatische Grenze. Die ungarischen Behörden stellten für die Migranten, ohne sie zu registrieren, Transportmittel Richtung Österreich zur Verfügung. Die ungarische Regierung geht davon aus, dass die Flüchtlinge in Kroatien ordnungsgemäß registriert werden. Nach diesem Vorgehen der kroatischen Seite wurde der Bau von Grenzbefestigungen an der ungarisch-kroatischen Grenze zügig vorangetrieben. Der Zaun auf der ungarischen Seite wird in den nächsten Tagen fertig sein. Es bleibt abzuwarten, wie die Flüchtlinge auf diese Sperre reagieren.

### **Alarmglocken in Brüssel**

Bereits Anfang des Jahres 2015 wurden von ungarischen Politikern vor allem in Brüssel die Alarmglocken hinsichtlich der zu erwartenden Flüchtlingsströme über die „Balkanroute“ geschlagen; ohne besonderen Erfolg. Über die Schwierigkeiten in Griechenland und Italien, die Flüchtlinge ordnungsgemäß zu registrieren und aufzunehmen, wurde in Europa lange hinweg gesehen. Darüber hinaus prägte für einige Zeit das Bild von überfüllten Booten im Mittelmeer die öffentliche und mediale Wahrnehmung der Flüchtlingsströme nach Europa. Dies änderte sich erst mit der Bekanntgabe von Plänen zur Errichtung eines 175 Kilometer langen Zaunes an der ungarisch-serbischen Grenze. Der Tod von 71 Migranten in einem Schlepper-LKW an der ungarisch-österreichischen Grenze sowie die Bilder des überfüllten Budapester Ostbahnhofes rückten dann auf dramatische Weise die Balkanroute in das Blickfeld der europäischen

Aufmerksamkeit. Die sich immer schneller und stärker auftürmende Welle der Flüchtlinge über diese Strecke stieß erst in Ungarn auf Widerstand.

Im Gegensatz zu anderen Ländern entschied die ungarische Regierung, den unkontrollierten Durchzug von Flüchtlingen zu verhindern. Ministerpräsident Viktor Orbán machte den Bau des Grenzzauns zur Chefsache, den Einsatz gegen den illegalen Grenzübertritt zu einer Frage der nationalen Souveränität. Da es auf europäischer Ebene keine gemeinsame Flüchtlingspolitik gebe, so ungarische Politiker, bliebe Ungarn nichts anders übrig, als einseitig zu handeln, um die Sicherheit des Landes und seiner Bürger gewährleisten zu können. Am 15. September 2015 wurde der Bau der Grenzsicherungsanlagen an der serbischen Grenze abgeschlossen und um Mitternacht traten neue, strengere Gesetze in Kraft. Der illegale Grenzübertritt kann nun mit einer Freiheitsstrafe von bis zu drei Jahren geahndet werden. Zur Sicherung der Grenze wurde das Polizeiaufgebot ausgeweitet und neue Grenzjägerkompanien aufgestellt. Nur rund 3.500 Flüchtlinge wurden seit Mitte September 2015 an der ungarisch-serbischen Grenze nach ihrem illegalen Übertritt aufgegriffen. Auch ist die Anzahl der Asylsuchenden an den offiziellen Grenzübergängen drastisch zurückgegangen. Ministerpräsident Orbán erklärte in einem Interview der Welt am 16. September, dass man die „undankbare Aufgabe“ gehabt hätte, die illegale Migration nach Ungarn zu stoppen: „Wir haben uns ein Ziel gesetzt und dieses Ziel erreicht“.

Die Rückkehr zu einem ordnungsgemäßen Asylverfahren ist für Ungarn eine wichtige Voraussetzung, um über eine notwendige Verteilung der Schutzbedürftigen in Europa zu einer Einigung zu kommen. Die Regierung erklärte mehrfach, dass sie durchaus bereit sei, über ein Quotensystem zu reden. Sie betonte jedoch, dass Quoten in Europa viele potentielle Flüchtlinge als eine Einladung zum Kommen verstehen würden. Die ungarische Regierung stimmte zwar gegen die von den europäischen EU-Innenministern mit qualifizierter Mehrheit beschlossene weitere Verteilung von 120.000 Flüchtlingen, akzeptiert diese jedoch.

### **Sicherung der ungarischen und europäischen Identität**

Die ungarische Regierung sieht die Flüchtlingskrise immer und vor allem im Kontext des möglichen Verlustes der nationalen und europäischen Identität. Ministerpräsident Orbán sieht die eigene Identität insbesondere dann in Gefahr, wenn die Flüchtlingskrise schlecht gemanagt würde. Wenn viele Muslime nach Europa kämen, würden die Christen diesen „Wettbewerb der Kulturen“ verlieren.

Vor diesem Hintergrund sollen die Grenzbefestigungsanlagen zwar in erster Linie die Einhaltung der Rechtsordnung garantieren, sie haben aber in Ungarn auch eine nicht zu unterschätzende symbolische Wirkung. Sie signalisieren, dass die Regierung willens und in der Lage ist, die ungarische Souveränität und Identität zu verteidigen.

Seit Trianon beschäftigt sich das Land intensiv mit der Frage nach der nationalen Identität. Auch zwingen die Globalisierung und die EU-Mitgliedschaft, sich nun noch intensiver mit den Herausforderungen der Zukunft der Nation auseinanderzusetzen. Die Flüchtlingskrise steht daher in einer engen Beziehung zur Frage der Identität. Die Entscheidung, einen Zaun zu bauen, ist somit auch eine politische Grenzziehung, eine Wegmarkierung und eine Klarstellung. Sie ist der Kompass für die ungarische Politik hinsichtlich der Frage nach der eigenen Identität.

Der ungarische Ministerpräsident hat mehrfach erklärt, dass „Einwanderung nichts Gutes“ bedeute und nur „Probleme und Gefahren für den europäischen Menschen“ bringe. In einem FAZ-Interview Anfang Februar präzisierte er seine Aussagen dahingehend, dass Ungarn, anders als etwa

Frankreich oder Deutschland, nicht bereit sei, das Risiko der Einwanderung einzugehen: Ungarn wolle keine multikulturelle Gesellschaft, sondern seine eigene Kultur und Identität soweit wie möglich bewahren. Die ungarische Regierung sieht auch keine Notwendigkeit, das Problem der demografischen Entwicklung durch Zuwanderung zu entschärfen. So setzt Ungarn vielmehr durch eine Förderung der Familien auf eine Steigerung der Geburtenrate. Darüber hinaus soll durch eine verbesserte Ausbildung der Roma und deren Integration in die Wirtschaft das Problem der erforderlichen zukünftigen Arbeitskräfte gelöst werden.

Das vor allem von Deutschland ausgehende Signal, die Flüchtlinge als Chance für eine weitere Entwicklung der Gesellschaft zu verstehen, trifft in Ungarn auf eine andere Bewertung. Im Sommer hat Viktor Orbán in einer Rede in Bad Tuschnad (Băile Tușnad/ Tusnádfürdő) im Szeklerland, in Rumänien, dies deutlich gemacht. Die Ergebnisse der Aufnahme von „Menschenmassen“ mit unterschiedlichem Zivilisationshintergrund wollte er nicht bewerten, denn jedes Land habe ein Recht darauf. Er sprach sich aber gegen eine Wiederholung dieses Vorgehens in Ungarn aus und warnte vor einer Integrationsüberforderung und vor der Gefahr von Parallelgesellschaften.

Voraussetzung einer nachhaltigen und erfolgreichen europäischen Flüchtlingsstrategie scheint daher ein offener Diskurs einerseits über Integration und Hilfeleistung für die Flüchtlinge und andererseits über die Konsequenzen für die nationale und europäische Identität. Dieses Dilemma gilt es aus ungarischer Sicht durch eine angemessene und gemeinsame europäische Strategie aufzulösen

*Frank Spengler (1955) ist Leiter des Büros der Konrad-Adenauer-Stiftung in Ungarn.*



Karl-Rudolf Korte

## Halbzeit: Sieger und Verlierer der GroKo

Die CSU kann sich auf jeden Fall zu den Halbzeit-Siegern der jetzigen Großen Koalition zählen. Das klingt paradox. Denn die CSU erhielt bei der Regierungsbildung keine klassischen Ressorts. Zudem scheiterte sie mit allen großen bundespolitischen Vorhaben wie der PKW-Maut und des Betreuungsgeldes – zumindest bislang gerichtlich. Faktisch ist es der bayerischen Regionalpartei hoch dialektisch gelungen, viele Ressourcen nach Bayern zu locken. Vom Straßenbauprogramm, das Bundesverkehrsminister Dobrindt für Infrastrukturverbesserungen startete, erhält das große NRW 128 Millionen Euro und Bayern 621 Millionen. Auch bei der Energiewende profitiert Bayern überdimensional. Man hat den Eindruck, dass Bayern Hilfspakete aus den anderen Bundesländern erhält, weil Bayern sich clever gegen den Trassenbau ausgesprochen haben. Die deutschen Stromkunden zahlen in den kommenden Jahren für die bayerischen Gaskraftwerke. Was kann eine Regionalpartei in Berlin mehr erreichen als solche Erfolge zu feiern? Auch die Umfragewerte zeigen für die CSU sehr positive Entwicklungen. Dass sie faktisch im Kabinett der Großen Koalition marginalisiert ist, hat aus Münchner Sicht nie eine bedeutende Rolle gespielt, wenn die Ergebnisse für Bayern stimmen.

In der Halbzeitbilanz der Groko schneidet auch die CDU sehr gut ab. Auch das klingt heute überraschend. Denn die CDU hatte zwar die Wahl gewonnen, aber in der Wahrnehmung der Öffentlichkeit und auch vieler Mitglieder der CDU, die Koalitionsverhandlungen verloren. Schnell setzte die SPD ihre sozialstaatliche Agenda durch: die vereinbarte Regulierung des Arbeitsmarktes, die Leistungssteigerungen der Rentenversicherung, die Frauenquote für Aufsichtsräte und die doppelte Staatsbürgerschaft. Die SPD war bei der Bundestagswahl mit einem Stimmenanteil auf dem Niveau der Weimarer Republik gelandet. Die Union verbuchte einen 15 Prozentpunkte Vorsprung vor der SPD – dem größten Abstand seit 1957 und mit einer Fraktion, der nur fünf Mandate zur eigenen Mehrheit fehlten. Und dann so ein sozialdemokratisches Paket? Wer sich von dem rein innenpolitischen Blick löst, erkennt schnell, dass die CDU dennoch Halbzeit-Sieger ist – ganz unabhängig von den aktuell niedrigen Umfragewerten für die SPD. Denn das Finanz- und Haushaltsregime für alle Krisenaspekte konnte die Union stabil halten und exklusiv weiter ausbauen. Das europäische Programm von Merkel und Schäuble hat sich durchgesetzt. Es trägt traditionelle konservativ-liberale Handschriften. Es sichert die Institutionalisierung finanzpolitischer Austerität und angebotsorientierter Wirtschaftspolitik. Das ist Union pur und alltagsmächtig weit über Berlin hinaus. Die Wählerinnen und Wähler verbinden damit Sicherheitsgarantien, die sie extrem personalisiert der Kanzlerin und dem Finanzminister zuschreiben.

Doch diese Bilanzierungen zur Groko haben auch atmosphärische und strukturelle Konsequenzen, die weit über die Einzelleistungen der Parteien im Bündnis verweisen. Die Diskurs-Bilanz der Groko ist eindeutig negativ. Denn wir haben uns an den Stil des geschäftsmäßig-nüchternen Regierens in der GroKo gewöhnt. Wir erwarten als Wähler keine Power-Entscheider, die kraftstrotzend und darstellungsreich wegentscheiden. Wir favorisieren Politiker, die den Bescheidenheits-Imperativ vorleben. Sie dienen uns problemlösend – ohne sich selbst zu inszenieren. Es sind eher Amtsinhaber als Staatsmänner. In Zeiten der täglich medial vermittelten Krisendynamik goutieren die Deutschen mehrheitlich diesen Politikstil, der auf Problemlösern abzielt. Es sind im besten Fall Orientierungs-Autoritäten, die als Soliditäts-Garanten für uns als Bürger innen- und außenpolitisch Probleme abräumen. Diese Erwartung geht soweit, dass

Mehrheiten heute nicht derjenige erhält, wer am meisten verspricht, sondern wer den Erhalt des Status Quo garantiert. Früher passte das Führungsscharisma zum Bild des Steuermanns, der hierarchisch mit viel Überblick navigierte. Heute gilt es sich postheroisch, im Verbund mit vielen anderen, permanent und gipfelbeseelt abzustimmen: kleinteiliges Vielfaltsmanagement. Die politische Lage ändert sich so rasch, das Risiko-Kompetenz als Führungsressource unersetzbar wird: eine Sensibilitätsschulung für das Eintreten unerwarteter Ereignisse.

Der Politiker ist gut beraten, insofern pragmatisch im Modus des Abwartens, des Beruhigens, des Kümmerns, idealerweise sogar des substantiell Verzögerns zu agieren. Innenpolitisch wirkt das fast immer präsidentiell, also überparteilich. Manchmal kann sogar die Rolle des Ombudsmann daraus resultieren: unparteiisch das Bürgergespräch am Runden Tisch so zu moderieren, als gebe es keinen Parteienwettbewerb im Parlament. Sachlich kann man hier kaum Einwände vorbringen, wenn letztlich der Eindruck von verwaltetem Regieren entsteht.

Doch die Qualität der Demokratie verändert sich dadurch substanziell. Denn wenn die öffentliche Debatte fehlt, wenn Leidenschaft und Emotion im Ringen um Positionen verlernt sind, kippt die Demokratie. Der öffentlich ausgetragene Konflikt stiftet Zusammenhalt, nicht der Konsens. Das ist auch das Missverständnis einer Großen Koalition, die immerwährende Debatten-Allergie produziert. Ein Stillhalteabkommen über politischen Minenfeldern. Sie führen zu Lähmungswirkungen im Parteienwettbewerb. Aber was passiert, wenn plötzlich in so einem Klima, neue Themen mit großer Dringlichkeit auftauchen, wie beispielsweise die Flüchtlings-Unterbringung in den Kommunen, oder wenn durch Krieg und Terror Angstgefühle um sich greifen. Was geschieht, wenn neo-biedermeierliche Rückzüge ins Private nicht mehr schützen, um sich vor dem aktuellen Epochendurcheinander weg zu ducken?

Ein Politikstil der nur postheroisch daherkommt, beschreibt alltägliche Wirklichkeiten, nie jedoch Möglichkeiten. Die Qualität einer Demokratie lebt jedoch immer vom Wechsel zwischen Entscheidung und dem öffentlichen Ideenaustausch. Wer keine Möglichkeiten beschreibt, drückt sich vor Gestaltungszielen. Ohne Gestaltungsziele kann sich keine notwendige Debatte entfalten- und schon gar keine emotionale Leidenschaft. Um die Qualität der Demokratie – gerade für die politische Mitte – ohne einen Populismus der Extreme zu sichern, brauchen wir mehr Streit, mehr Ideologie, mehr Begeisterung und auch weniger langweilige Politikentscheider. Ob sich in der zweiten Halbzeit der Groko dazu was ändern wird ?

*Karl-Rudolf Korte (1958) ist seit 2003 Professor an der Universität Duisburg-Essen für den Lehrstuhl „Politisches System der Bundesrepublik Deutschland und moderne Staatstheorien“. Er promoviert an der Universität Mainz (Dr. phil.) und habilitiert an der Universität München (Dr. rer. pol. habil.). Im Anschluss hat Korte Vertretungsprofessuren in Trier, Köln, München und Duisburg inne. Weitere wissenschaftliche Stationen führen ihn nach Tokio, St. Gallen und Washington D. C. Im Jahr 2006 gründet er die NRW School of Governance, deren Direktor er seitdem ist.*

Hans-Hartwig Blomeier

## Flüchtlingskrise in Grossbritannien

Im Kontext der europaweiten Flüchtlingskrise wird in der öffentlichen Debatte in Großbritannien kaum zwischen arbeitssuchenden Migranten, Wirtschaftsflüchtlingen und Asylsuchenden sondern bestenfalls zwischen „legalen“ und „illegalen“ Einwanderern differenziert. Die offiziellen Migrationsstatistiken sind zudem durch die ausländischen Studenten in Großbritannien (rund 180.000 im vergangenen Jahr) aufgebläht[1]. Sie werden alle unter dem Begriff „migrants“ subsumiert, entsprechend problematisch verläuft die Diskussion über Ursachen und Umgang mit dem Phänomen.

Während dies bisher eine mehr oder weniger diffuse Problematik war, die sich vor allem im Kontext der regelmäßig veröffentlichten Einwanderungsstatistiken[2] widerspiegelte, haben die Bilder und Konfrontationen zwischen Polizei und Migranten im Sommer in Calais am Eurotunnel das Thema deutlich zugespitzt. Das dort improvisierte Zeltlager mit z.T. menschenunwürdigen Zuständen, die verzweifelten Versuche von Migranten in LKW oder Zügen versteckt nach Großbritannien gelangen zu können, die Ohnmacht der französischen Polizei und die Reaktionen der britischen Politik und Grenzpolizei (Errichtung eines britischen Grenzzauns auf französischen Boden) haben die Flüchtlingsproblematik sichtbar gemacht und zu entsprechenden martialischen verbalen („marodierende Migranten gefährden unseren Lebensstandard“ Außenminister Philip Hammond, 10.8.15) und eben auch physischen Abwehrreaktionen (siehe Calais) geführt. Bereits im Frühjahr hatte sich die britische Regierung kategorisch geweigert an einer Europa-weiten Quotierung zur Aufnahme von Flüchtlingen beteiligt zu werden (damit standen die Briten allerdings auch nicht allein da).

Das Thema Migration steht allerdings in Großbritannien seit längerem und nicht erst seit der jüngsten Zuspitzung der Flüchtlingsproblematik im Mittelpunkt der innenpolitischen Debatte. Der Europawahlkampf 2014 stand ganz im Zeichen diese Frage, wobei sich dies im wesentlichen darauf reduzierte, inwieweit die EU-Mitgliedschaft letztlich maßgeblich für den unkontrollierten Zufluss von Migranten nach Großbritannien verantwortlich und inwieweit das Land an seine Grenzen hinsichtlich Aufnahmekapazität (Sozialversicherung, Wohnungsbau, Erziehungssystem) gelangt sei.

Dabei ist bemerkenswert, dass die Debatte über Umfang und Kontrolle von Migration in einen kausalen Zusammenhang mit der EU-Mitgliedschaft und der Arbeitnehmerfreizügigkeit (free movement of workers) gesetzt wird. Die ebenso bedeutende Einwanderung aus nicht EU-Staaten und die besonderen Beziehungen zu den Commonwealth-Mitgliedstaaten werden dabei kaum oder nur am Rande erwähnt. Der (berechtigte) Stolz ein weltoffenes Land zu sein ist der steigenden Sorge gewichen, dem ständig steigenden Strom von Migranten nicht mehr Herr werden zu können.

Ein weiteres Merkmal ist die geographische Streuung der Diskussion. Die Hauptstadt London ist einer der wohl kulturell vielfältigsten Städte der Welt, der Einfluss von Migration ist vielfältig sichtbar und wird allgemein als positiver Wert wahrgenommen. Eine Sorge oder gar Angst vor Überfremdung ist hier wenn überhaupt dann nur punktuell und im Zusammenhang mit radikalisiertem Islamismus erkennbar. Allerdings ist auch in London deutlich, dass eine gewisse „Gettobildung“ in dem Sinne erfolgt, dass bestimmte Nationalitäten in bestimmten Stadtteilen eine klare Konzentration aufweisen.

Anders stellt sich dies in ländlichen Gebieten und vor allem in weiten Landesteilen Englands dar. Insbesondere im Süden ist die Ablehnung gegen Migration deutlich spürbar, nicht umsonst hat hier die rechtspopulistische UKIP Partei mit einem klaren Anti-EU und Anti-Migrationsdiskurs den meisten Zulauf und erzielte bei der letzten EU-Wahl 2014 den höchsten Stimmenanteil (27.5%) und bei der jüngsten Parlamentswahl immerhin auch knapp 4 Millionen Stimmen.

Angesichts des recht großzügigen britischen Sozialversicherungssystems (Gesundheitssystem NHS, „in work benefits“, sozialer Wohnungsbau, etc.), ist die steigende unterschwellige und auch in der öffentlichen

Diskussion erkennbare Ablehnung gegenüber steigenden Migrationszahlen denn auch im Wesentlichen mit einer Überstrapazierung dieser sozialen Dienstleistungen begründet. Auch wenn beispielsweise das staatliche Gesundheitssystem NHS ohne ausländische Krankenschwestern und Ärzte und der Wohnungsbau ohne osteuropäische Handwerker gar nicht funktionsfähig wäre, haben der angespannte Wohnungsmarkt mit mittlerweile exorbitanten Haus- und Mietpreisen und die (auch bedingt durch die positive Wirtschaftslage) rasant steigenden Einwanderungszahlen aus der EU zu einer insgesamt ablehnenden Haltung gegenüber dem Migrationsphänomen geführt.

Vor diesem Hintergrund der überwiegend reservierten bis ablehnenden Haltung in der britischen Bevölkerung gegenüber einer weiteren Steigerung von Migrationszahlen ist die Meinungsbildung im politischen Spektrum diffus. Die Labour Party ist nach dem überraschend klaren Ergebnis der Vorstandswahl derzeit intensiv mit sich selbst und einer umfassenden Orientierungskrise beschäftigt. Bei der reservierten Haltung der Gewerkschaften in der Migrationsdebatte, ist kein klares positives Votum für eine Öffnung und größere Aufnahme von Flüchtlingen aus humanitären Gründen erkennbar.

In der Konservativen Partei ist die diesbezügliche Haltung ohnehin eher restriktiv. Die vorherrschende Meinung hier ist dadurch gekennzeichnet, dass Großbritannien an die Grenze der Belastbarkeit gelangt ist, da durch die EU-Mitgliedschaft und die Attraktivität am Arbeitsmarkt ohnehin steigende Migrationszahlen zu verkräften sind und von daher nicht in der Lage ist, zusätzliche Flüchtlingsgruppen<sup>[3]</sup> aufzunehmen. Die harte Linie innerhalb der Regierung wird dabei vor allem von Innenministerin Theresa May (die in der Frage von Grenzkontrollen zuständig ist) und Außenminister Hammond, aber auch vom Arbeits- und Sozialminister Ian Duncan Smith vertreten.

Jenseits der Konservativen Partei ist diese Thematik das zentrale Thema für UKIP, die sich mit Anti-EU und Anti-Migration Thesen profiliert hat und beide Themen auch eindeutig kausal miteinander verbindet. Der UKIP Vorsitzende Nigel Farage plädierte gar dafür, zur Lösung des Problems in Calais, das Militär voranzuschicken.

***Hans-Hartwig Blomeier (1961) ist Leiter des Auslandsbüros der Konrad-Adenauer-Stiftung für Großbritannien und Irland mit Sitz in London***

[1] Großbritannien wendet die UN-Definition für Migranten an, ansonsten wird gemeinhin die OECD Definition verwendet, die ausländische Studenten nicht einschließt.

[2] Nettoimmigration im Zeitraum 3/14 bis 3/15: 330.000, davon 183.000 aus EU-Mitgliedsländern. Daten siehe: <http://www.ons.gov.uk/ons/rel/migration1/migration-statistics-quarterly-report/august-2015/sty-net-migration.html>

[3] Dabei wird weitestgehend verschwiegen, dass der Anteil tatsächlich Asylsuchender mit rund 25.000 in den letzten 12 Monaten nur einen sehr geringen Anteil an der Gesamtzahl der Migranten ausmacht und im europäischen Vergleich ausgesprochen gering ist.

26. Oktober 2015

Stephan Eisel

# Virtuell – symbolisch –real als moderne Gewaltspirale

Oktober 2015 in Deutschland: Der reale Messerangriff auf die Kölner OB-Kandidatin Henriette Reker, Demonstrationen mit der medial verstärkten Symbolik von Galgandrohungen gegen Kanzlerin Angela Merkel oder einem blutverschmierten Schafott gegen Vizekanzler Sigmar Gabriel und staatsanwaltschaftliche Ermittlungen gegen drei Facebook-Manager wegen der Duldung volksverhetzender Kommentare auf der Online-Plattform.

So verschieden diese Ereignisse auch sein mögen, sie sind verbunden durch ihren Gewaltcharakter und offenbaren einmal mehr: Wo Gewalt verharmlost wird, lassen sich die virtuelle, symbolische und reale Dimension nicht voneinander trennen, sondern greifen ineinander.

„Wehret den Anfängen!“ („Principiis obsta“) hatte der römische Dichter Ovid in den Jahren um Christi Geburt als allgemeine Lebensweisheit aufgeschrieben und hinzugefügt: „Zu spät wird die Medizin bereitet, wenn die Übel durch langes Zögern erstarkt sind.“ Nirgends gilt dieses Diktum mehr als dort, wo Gewalt in einer demokratischen Gesellschaft zunächst scheinbar nur theoretisch verharmlost oder angeblich nur symbolisch angedroht wird.

Dafür bietet das Internet eine Plattform, deren Gefährlichkeit nicht ignoriert werden darf. Bei allen Vorteilen, die das Netz für die Meinungs- und Informationsfreiheit bietet, finden dort auch Radikalisierung, Extremismus, Hass und Gewaltverharmlosung einen besonderen Nährboden.

Begünstigend wirken dabei einige typische Charakteristika der Netzkultur:

So manifestiert sich die Ambivalenz des Internets auch in der Spannung zwischen globaler Öffnung und der Abschottung im Gewohnten. Zwar schafft der Cyberspace Gemeinschaft über Grenzen hinweg, indem es Menschen miteinander verbindet, die wegen großer Entfernungen nur über das Netz Kontakt halten können oder sich erst im Internet kennenlernen. Zugleich ermöglicht es das Internet aber auch, für die globalisierte Kontaktaufnahme das sichere Zuhause nicht verlassen zu müssen und die Kommunikation auf Vertrautes zu beschränken. Im Netz lässt sich eben nicht nur viel Neues entdecken, sondern es lassen sich auch Mauern gegen das Unbekannte errichten.

So ist der grenzenlose Cyberspace auch eine Mosaikgesellschaft, die in einer Vielzahl kleinster Teilöffentlichkeiten das Bedürfnis vieler Internetnutzer bedient, vor allem Gleichgesinnte zu finden. In der damit verbundenen Erfahrungsverdünnung liegt auch eine Herausforderung für die freiheitliche Demokratie. Wo Gleichgesinnte abgeschottet von Andersdenkenden überwiegend einander begegnen, gedeiht leicht Radikalität, Extremismus und Ideologie.

Auf diesem Nährboden dominiert im Netz oft die Herrschaft der Stärkeren und Lautesten, die für sich ein digitales Faustrecht reklamieren. Ein fast prototypisches Beispiel dafür ist die „Anonymous“-Bewegung. Angeblich um die Freiheit des Internets zu schützen, bedient sich die Hacker-Bewegung des größten Feindes der Freiheit: der Angst. Aus dem Lehrbuch des Totalitarismus könnten die Slogans stammen, die Anonymous-Anhänger als gemeinsames Erkennungszeichen im Internet wie ein Mantra wiederholen: „Wir sind viele, aber Du weißt nicht wer; wir sind überall, doch du weißt nicht wo.“

Wo Hacker zur Durchsetzung ihrer Meinung gegen unliebsame Kritiker oder für vermeintlich höhere Ziele zur digitalen Selbstjustiz greifen, nutzen andere selbsternannte Weltenretter die Macht des sich gerade im Netz schnell verbreitenden hasserfüllten Wortes als virtuelle Privatgewalt. Im modernen Internet vollzieht sich so auch der Rückfall in das vorzivilisatorische Zeitalter des Faustrechts.

Praxis im Netz ist allzu oft totalitäre Attitüde der Willkür des eigenen Gutdünkens. Von dort ist es nur ein kleiner Schritt zu Zwang und Gewalt gegenüber Anderen. Zur Selbstverständlichkeit für sich Wahrheits- und Absolutheitsrechte wahrzunehmen, gesellt sich dabei in merkwürdigem Widerspruch die Weigerung, dafür Verantwortung zu übernehmen.

Im Netz entfaltet sich die Wirkung einer doppelten Anonymität: Übereinander zu reden war schon immer einfacher als miteinander. Selbst wer im Netz die eigene Identität preisgibt, erlebt sein Gegenüber nicht persönlich fassbar, sondern

eher abstrakt oder gar anonym. Virtuell zu diskutieren ist eben nicht das Gleiche wie miteinander zu reden. Der Begegnung im Netz fehlen die sozialen Leitplanken personaler Interaktion. Die Folgen werden um ein Vielfaches potenziert, wenn sich die Beteiligten selbst in der Anonymität verstecken, so dass ihnen ihr Agieren nicht mehr zugeordnet werden kann.

Es ist kein Zufall, viele Menschen Konflikte online oft mit wesentlich größerer Aggression austragen als offline: Das Internet begünstigt die Auflösung des Zusammenhangs von Freiheit und Verantwortung. Darin wurzelt die Abkehr von der goldenen Regel verträglichen menschlichen Zusammenlebens: „Was du nicht willst, dass man dir tu, das füg auch keinem andern zu.“

Dazu trägt auch bei, dass im Netz der flüchtige Klick die gültige Währung ist. Schnell ist geschrieben, was dauerhaft erhalten bleibt. Geschwindigkeit ist aber kein Ausweis von Demokratiesteigerung, ihr wohnt die große Gefahr der Oberflächlichkeit inne. Das Internet ist eben auch ein nervöses Skandalisierungsmedium. Nirgends entstehen so viele Gerüchte und Verschwörungstheorien und nirgends werden sie so schnell verbreitet wie im Netz. Das ist ein ideales Spielfeld politischer Radikalisierung und extremistischer Verführung.

Man sollte nicht dem Irrtum verfallen, dass diese Phänomene nicht so ernst zu nehmen sind, weil sie sich „nur“ im Cyberspace abspielen würden. Im Internet zeigen sich gesellschaftliche Entwicklungen wie im Brennglas ungefiltert und früh. Wir müssen begreifen, dass es hier nicht um harmlose Online-Spielchen geht, sondern um virtuelle Tabubrüche mit realen Folgen: Die Relativierung und Verharmlosung von Gewalt bereitet ihrer Anwendung den Weg. Die moderne Gewaltspirale folgt allzu oft der Dynamik virtuell – symbolisch – real. Wer dieser Steigerung Einhalt gebieten will, muss dies auf allen drei Ebenen tun.

***Dr. Stephan Eisel** (1955) war als Mitglied des Deutschen Bundestages bis 2009 Mitglied im Europaausschuss und u. a. 1983- 1992 zunächst als Redenschreiber und dann als stv. Leiter des Kanzlerbüros Mitarbeiter von Helmut Kohl. Seit 2010 ist er in der Konrad-Adenauer-Stiftung Projektleiter für „Internet und Demokratie“ sowie „Bürgerbeteiligung“. Er ist verantwortlicher Redakteur des Blogs für politisches Handeln aus christlicher Verantwortung [kreuz-und-quer.de](http://kreuz-und-quer.de)*

## **Gesetzliche Regelung zur Suizidbeihilfe – Die Alternativen**

Seit Anfang 2014 steht die Frage, in welcher Weise die Beihilfe zur Selbsttötung gesetzlich geregelt werden soll, auf der politischen Agenda. Vier interfraktionelle Anträge werden im Bundestag diskutiert. Sie decken ein weites Spektrum möglicher Regelungsalternativen ab – vom Verbot jeglicher Suizidbeihilfe bis zur weitgehenden Legalisierung.

Michael Brand (CDU), Kerstin Griese (SPD) u. a. haben einen Gesetzesentwurf in den Bundestag eingebracht, der auf ein Verbot der „geschäftsmäßigen“ Suizidbeihilfe zielt. Sterbehilfeorganisationen und als Sterbehelfer aktive Einzelpersonen würden damit in Deutschland unter Strafe gestellt. Wird dagegen eine Suizidbeihilfe durch Angehörige oder andere nahestehende Menschen in einer „tragischen“ Ausnahmesituation geleistet, würde sie wie bisher straffrei bleiben.

Damit lassen die Antragsteller die grundsätzliche Straffreiheit der Suizidbeihilfe unangetastet und gewähren Freiräume für Selbstbestimmung im Sterben. Eine gesetzliche Überregulierung wird vermieden. Indem verhindert wird, dass Suizidbeihilfe zu einer „normalen Dienstleistung“ wird, gerät die palliativmedizinisch-hospizische Versorgung stärker ins Zentrum. Eine wichtige Frage beantwortet dieser Gesetzesentwurf jedoch nicht mit der notwendigen Klarheit, nämlich die nach der ärztlichen Suizidbeihilfe: Im Einzelfall könnte ein Arzt wohl Beihilfe zur Selbsttötung leisten ohne strafrechtliche Konsequenzen befürchten zu müssen. Ärzten, die aufgrund ihrer fachlichen Spezialisierung (z. B. in der Onkologie) häufiger mit Suizidwünschen von Patienten konfrontiert werden, droht jedoch Strafe.

Genau bei diesem Punkt setzt der Gesetzesentwurf von Peter Hintze (CDU), Carola Reimann (SPD) u. a. an, dessen Anliegen es ist, die Situation der Ärzte eindeutig zu klären, indem im Bürgerlichen Gesetzbuch die ärztliche Suizidbeihilfe explizit erlaubt wird. In den Fällen, in denen sterbenskranke Menschen ihr Leiden nicht mehr ertragen können, etwa weil die palliativen Möglichkeiten ausgeschöpft sind, sollen Ärzte die Möglichkeit haben, ihre Patienten beim Wunsch nach Selbsttötung zu helfen und zwar unter Beachtung folgender Regeln: Der Patient muss volljährig und einwilligungsfähig sein. Er leidet an einer unheilbaren und unumkehrbar zum Tode führenden Erkrankung. Sein Sterbewunsch ist ernsthaft und endgültig. Der beteiligte Arzt leistet eine mögliche Beihilfe freiwillig. Ein zweiter Arzt wird einbezogen. Und schließlich ist eine umfassende Beratung Voraussetzung. Durch diese Kriterien sollen Missbrauch und Fehlentwicklungen verhindert werden. Die Antragsteller gehen davon aus, dass durch die ausdrückliche gesetzliche Legalisierung der ärztlichen Suizidbeihilfe das Interesse an Sterbehilfeorganisationen schwindet. Es fehlt in diesem Antrag allerdings ein explizites Verbot der Sterbehilfeorganisationen.

Mit einem weiteren Gesetzesentwurf, der von Thomas Dörflinger, Patrick Sensburg (beide CDU) u. a., eingebracht wurde, wird ein grundsätzliches Verbot jeder Art von Suizidbeihilfe vorgeschlagen. Begründet wird es vor allem mit dem Hinweis auf den unbedingten Lebensschutz, der durch die mit der Suizidbeihilfe verbundenen Lebensunwerturteile in einer nicht akzeptablen Weise beeinträchtigt würde.

Am anderen Ende des Meinungsspektrums steht der Gesetzesentwurf von Renate Künast (Bündnis 90/Die Grünen), Petra Sitte (Die Linke) u. a., die unter Einhaltung von Durchführungskriterien die Suizidbeihilfe generell legalisieren wollen, mit Ausnahme der gewerbsmäßigen (kommerziellen)

Variante. Ansonsten steht nach dieser Position das Selbstbestimmungsrecht weiteren Verboten entgegen.

Für die Bundestagsabgeordnete wird es im November 2015 nicht leicht sein, eine Entscheidung zu treffen, die eine problemgerechte Lösung anbietet, ethisch legitimierbar ist und den unterschiedlichen Erwartungen der Menschen entspricht. Die Argumente sind ausgetauscht, Unsicherheit bleibt.

Was die Sterbehilfedebatte so überaus schwierig macht, sind nicht so sehr „objektive“ Gründe, sondern die „subjektiven“ Unsicherheiten der Menschen hinsichtlich ihres eigenen Sterbens: Kann mir im Sterben geholfen werden? Reicht die palliativmedizinische Hilfe aus? Oder brauche ich als letzten Ausweg nicht doch die Möglichkeit einer Beihilfe zur Selbsttötung?

Jeder kann sich darauf verlassen, dass die Palliativmedizin Leiden wirkungsvoll lindern kann. Niemand muss heute mehr einen qualvollen Tod erleiden. Ein „menschenwürdiges“ Sterben ist möglich – auch ohne Sterbehilfeorganisationen. Schmerzen und andere extrem belastende Symptome im Sterben können durch die moderne Medizin gelindert werden – und sei es durch die palliative Sedierung als letztes Mittel. Organisierte Suizidbeihilfe ist für ein menschenwürdiges Sterben nicht notwendig – sie dient allerdings vielen Menschen in ihrer Angst vor einem leidvollen Tod der Beruhigung.

Aus meiner Sicht tragen weder die organisierte Suizidbeihilfe noch die aktive Sterbehilfe zu einem guten Sterben bei – die Verbote sind angemessen. Die aktuelle gesellschaftliche Debatte über geeignete Rahmenbedingungen für ein menschenwürdiges Sterben ist wichtig, aber nicht ein Gesetz zur Suizidbeihilfe sollte eigentlich im Mittelpunkt stehen, sondern das auf den Weg gebrachte Gesetz zur Stärkung der Palliativmedizin.

***Dr. Norbert Arnold** (1958) studierte Biologie und Philosophie, war als Molekularbiologe in Gießen und Zürich tätig und leitet derzeit das Team Gesellschaftspolitik, HA Politik und Beratung, der Konrad-Adenauer-Stiftung. Seine Arbeitsschwerpunkte sind Bioethik und Forschungspolitik.*



Peter Harry Carstensen

## **Ein Gottesbezug steht auch für Toleranz und Vielfalt**

Der schleswig-holsteinische Landtag hat im vergangenen Jahr eine überarbeitete Landesverfassung beschlossen, erstmals mit einer Präambel. Allerdings: Auf einen so genannten Gottesbezug hat das Parlament nach langen Diskussionen verzichtet, zur Enttäuschung vieler Bürgerinnen und Bürger. Sie hätten sich eine Formulierung, ähnlich wie im Grundgesetz („Im Bewusstsein seiner Verantwortung vor Gott und den Menschen...“), gewünscht. Am 2. Dezember 2014 ist die überarbeitete Verfassung in Kraft getreten, ganz ohne das Wort Gott. Christen, Muslime und Juden hatten sich vergebens für einen Gottesbezug eingesetzt.

Dass es für eine solche Formel im Parlament keine Mehrheit gab, war Auslöser für die Gründung unserer interreligiösen, parteiunabhängigen Volksinitiative, die sich für eine Aufnahme eines solchen oder ähnlichen Gottesbezugs einsetzt. Zu den Initiatoren gehören Wissenschaftler, Ärzte und Künstler, Politiker und Vertreter der Religionen, der Medien sowie des Sports. Im ganzen Land gab es Veranstaltungen und Aktionen, und viele Menschen haben sich mit den wichtigen Fragen auseinandergesetzt: Auf welche Werte beziehen wir uns, wenn wir wichtige Entscheidungen treffen? Sollte Gott in der Verfassung vorkommen? Die evangelische Nordkirche und das Erzbistum Hamburg haben die Initiative mit der Kampagne „Für Gott in Schleswig-Holstein“ begleitet. Nach acht Wochen hatten wir bereits 17.000 Unterschriften gesammelt – eigentlich hätten wir ein Jahr lang Zeit, um 20.000 vorzulegen.

In den knapp 30 Jahren meiner politischen Tätigkeit habe ich viele Entscheidungen treffen müssen, die mir Ratgeber und andere Experten nicht abnehmen konnten. Wenn es beispielsweise um Sterbehilfe geht, um Stammzellenforschung oder auch um Auslandseinsätze unserer Bundeswehr, dann braucht es als Entscheidungsgrundlage zusätzlich einen eigenen Werterahmen.

Für eine Verfassung gilt dies allemal. Der Verfassungsrechtler Udo Di Fabio drückt es so aus: „Jedes Recht, das die verfassungsgebende Gewalt setzt, jede Staatsverfassung, die sich ein selbstbestimmtes Volk gibt, braucht eine sittliche Grundlage.“ Ein solcher Konsens sage auch aus, „dass der Mensch nicht allein durch seine Urteilskraft vor dem Irrtum bewahrt ist“. Die Präambel des Grundgesetzes bildet das ab, sei aber nicht allein theologisch zu verstehen, sondern als „eine Art Demutsformel“, sagt Di Fabio. Die Verantwortung vor Gott hat mir persönlich in meinem politischen Leben große Freiheit gegeben: die Freiheit, auch einmal gegen vorherrschende Meinungen, gegen die eigene Partei, gegen

medialen Druck zu entscheiden. Freiheit, weil es einen höheren ethischen Grund gibt als allein die Verantwortung vor den Menschen.

Noch vor der parlamentarischen Sommerpause haben wir dem Landtagspräsidenten 42.000 Unterschriften übergeben, also weit mehr als die erforderliche Zahl. Nun wird sich das Parlament erneut mit der Frage eines Gottesbezugs befassen. Noch ist unklar, wie sich die Abgeordneten verhalten werden, benötigt wird immerhin eine Zweidrittelmehrheit. Von einzelnen Kritikern höre ich mitunter, dass eine Landesverfassung doch alle Bürgerinnen und Bürger mitnehmen sollte, sich die religiös Ungebundenen aber nicht mit einem Gottesbezug identifizieren könnten. Und es ist ja richtig, eine Verfassung soll Menschen nicht ausschließen. Die Aufnahme eines Gottesbezugs erreicht aber das Gegenteil: Gerade in den Zeiten der Ausgrenzung einzelner religiöser Gruppen kann die erklärte „Verantwortung vor Gott“ ein wichtiges Zeichen für alle sein: für Toleranz, für Vielfalt und für gemeinsame Werte. Und dafür, dass der Mensch sich seiner Grenzen bewusst sein sollte – Grenzen der Verfügbarkeit, seiner Macht sowie der Reichweite seiner Entscheidungen.

Es gibt mögliche Kompromisse, und ich hoffe sehr, dass sich der schleswig-holsteinische Landtag auf einen einigen kann. Andere Länder haben es vorgemacht, beispielsweise die Republik Polen im Jahr 1997. Dort heißt es: „... beschließen wir, (...) sowohl diejenigen, die an Gott als die Quelle der Wahrheit, Gerechtigkeit, des Guten und des Schönen glauben, als auch diejenigen, die (...) diese universellen Werte aus anderen Quellen ableiten, (...), im Bewusstsein der Verantwortung vor Gott oder vor dem eigenen Gewissen, uns die Verfassung (...) zu geben ...“ Hier kann niemand behaupten, es würden einzelne Gruppierungen ausgegrenzt – die Formulierung ist vielmehr ein gutes Beispiel für Toleranz.

***Peter Harry Carstensen** (1947) war für die CDU 1983-2005 Mitglied des Deutschen Bundestages und anschließend (bis 2012) Ministerpräsident des Landes Schleswig-Holstein. Er ist verheiratet und hat zwei Töchter. Peter Harry Carstensen gehört zu den Initiatoren einer überreligiösen Volksinitiative, die die Aufnahme eines Gottesbezugs in die schleswig-holsteinische Landesverfassung erreichen will.*

16. November 2015

Frido Pflüger, SJ

## **Flüchtlingspolitik: Engagement statt Abschottung**

Unzählige Ehrenamtliche engagieren sich überall im Land für Flüchtlinge. Sie springen ein, wo überforderte Behörden nur langsam neue Strukturen schaffen, und sie sind da, wenn Flüchtlinge in den neuen Unterkünften angekommen sind. Von gespendeten Suppenküchen für die Notversorgung bis hin zu Deutschkursen, Amtsgängen und Zimmervermittlung: Überall bestätigen Menschen das historische Diktum der Bundeskanzlerin: Wir schaffen das!

Statt dieses Engagement zu fördern, halten Verantwortliche in Parlamenten und Regierungen mit dem sogenannten „Asylverfahrenbeschleunigungsgesetz“ an dem so falschen wie sinnlosen Kurs der Abwehr und Abschottung fest. Sie setzen eine Politik fort, deren Fehler wir gerade ausbaden, weil sie an einem Menschenbild festhält, das schlicht weltfremd zu nennen ist.

Schikane ist kein wirksames Instrument der Flüchtlingspolitik: Menschen verlassen ihre Heimat nicht für ein paar Euro mehr oder weniger. Menschen verlassen ihre Heimat, ihr Zuhause, ihre Nachbarn und Freunde, weil sie es müssen. Solange Flüchtlinge vor existenziellen Bedrohungen fliehen – seien es Bomben, Hunger oder Übergriffe – werden weder Paragrafen noch Grenzzäune sie von ihrer Suche nach Schutz und Sicherheit abhalten. Deshalb muss eine Politik, die die tatsächlichen Fluchtursachen erkennt und auf Abschottung setzt, früher oder später scheitern – wir erleben es gerade.

Während weltweit die Zahl der Flüchtlinge dramatisch auf inzwischen fast 60 Millionen angestiegen ist – mehrere Millionen davon aus Syrien und Zentralafrika -, wurden noch vor einigen Monaten in Deutschland immer mehr Unterkünfte abgebaut. Es war jedoch naiv zu glauben, dass Europa sich auf Dauer von der globalen Entwicklung abkoppeln könne. Und es war unsolidarisch anzunehmen, dass das reichste Land Europas sich auf einen unbeteiligten Beobachtungsposten zurückziehen könne, weil es von „sicheren Drittstaaten“ umgeben ist.

Jetzt mit neuen Unterkünften und sozialem Wohnungsbau gegenzusteuern, ist eine richtige Entscheidung. Zelte und Container hingegen können nur eine kurzfristige Lösung sein. Auch wenn in Deutschland über die im Vergleich zu den Vorjahren hohen Zugangszahlen diskutiert wird: Noch immer nehmen Entwicklungsländer 86% der Flüchtlinge weltweit auf. Solche Relationen sollten wir uns bewusst machen, wenn sich der Exportweltmeister darum sorgt, wie die neu Ankommenden untergebracht und versorgt werden können.

Länder wie Libanon, Irak oder Jordanien stehen seit Jahren vor größeren Herausforderungen. Ebenso lange muss das Flüchtlingshilfswerk der Vereinten Nationen für die Versorgung syrischer Flüchtlinge bei den internationalen Geberländern betteln gehen – und noch immer sind die Fonds für die Versorgung der syrischen Flüchtlinge in den angrenzenden Ländern dramatisch unterfinanziert, die Lebensmittelhilfen mussten so sehr zusammengestrichen werden, dass es für Familien kaum noch reicht.

Weit mehr als 1,2 Millionen Flüchtlinge warten im Libanon seit Jahren auf ihre Rückkehr nach Syrien. Die Hoffnung auf eine baldige Rückkehr schwindet, aber der Libanon bietet ihnen keinerlei Perspektiven für die Zukunft. So warten immer noch Hunderttausende von Kindern, dass sie endlich in die Schule können, aber es gibt keine Chance für sie.

Auch im Nordirak, in Kurdistan, leben hunderttausende Flüchtlinge immer noch in erbärmlichsten

Umständen in Bauruinen, ohne ausreichende Versorgung und ohne Schulzugang. Falls ihre Lebenssituation sich nicht ändert, werden auch sie sich auf den Weg nach Europa machen. Denn zurück können und werden sie nicht gehen.

Die Entscheidung der Regierungskoalition, die Finanzhilfe für die wichtigsten Aufnahmeländer und die Flüchtlingsversorgung in den Nachbarregionen der Konfliktherde aufzustocken, ist deshalb richtig. Hingegen bleiben die Asylgesetze, die in Windeseile beschlossen wurden, zukunftsweisende Antworten auf drängende Fragen schuldig. Wenn wir unsere europäischen Werte nicht verraten wollen, dann dürfen wir die europäischen Außengrenzen nicht noch schärfer bewachen und sie vor den Flüchtlingen „schützen“, sondern müssen legale und sichere Fluchtrouten ermöglichen und die Aufnahme von einer großen Zahl von Flüchtlingen zu einer Selbstverständlichkeit machen.

Es ist ein Allgemeinplatz geworden, dass Flüchtlinge sich integrieren sollen. Das müssen ihnen unsere Gesetze aber – anders als bisher - möglichst leicht machen. Praktisch gehören dazu Unterkünfte in der Nachbarschaft statt am äußersten Rand von Gewerbegebieten und anstelle von Containerdörfern auf der grünen Wiese, frühzeitige Angebote, die Sprache zu lernen, zu arbeiten, die bessere und leichtere Anerkennung für ausländische Schul- und Berufsabschlüsse.

Aber nicht nur Flüchtlinge haben in puncto Integration Hausaufgaben zu machen. Als Vertreter des Erzbistums Berlin erlebe ich in der Härtefallkommission immer wieder, dass Menschen, die seit Jahren hier zuhause sind, wieder abgeschoben werden sollen. Auch, wenn sie hier aufgewachsen sind, fließend Deutsch sprechen, die Schule besucht haben. Wir können von anderen nur Integration fordern, wenn wir als Gesellschaft auch bereit sind, den Menschen irgendwann zu sagen: Du bist jetzt angekommen.

Papst Franziskus hat in seiner Botschaft zum Weltflüchtlingstag 2016 darauf hingewiesen, dass sich Flucht und Migration eben nicht auf die juristische, politische und ökonomische Dimension reduzieren lässt, sondern: „Die Pflege guter persönlicher Kontakte und die Fähigkeit, Vorurteile und Ängste zu überwinden, sind wesentliche Zutaten für eine Kultur der Begegnung, in der man nicht nur bereit ist zu geben, sondern auch von den anderen zu empfangen.“

*Pater Frido Pflüger SJ (1947) trat 1966 in den Jesuitenorden ein. Bis 2003 leitete der Theologe und Mathematiker das St. Benno-Gymnasium in Dresden, seit 2003 arbeitet er für die Flüchtlingsorganisation des Ordens. Ab 2008 war er als Regionaldirektor des Jesuit Refugee Service (JRS) für die Projekte in Ostafrika verantwortlich. Seit 2012 leitet er den Jesuiten-Flüchtlingsdienst Deutschland <<http://www.jesuiten-fluechtlingsdienst.de/>> und vertritt das Erzbistum Berlin in der Härtefallkommission des Landes.*

# Die Flüchtlingswellen über das Mittelmeer

## Zur Lage in Italien

Seit Beginn des Jahres 2015 haben 122.393 Flüchtlinge die italienischen Küsten erreicht; davon allein im Juli circa 20.000.<sup>1</sup> Dabei bilden Eritreer, Nigerianer und Somalier die größten Flüchtlingsgruppen.<sup>2</sup> Im Vergleich zum Vorjahr sind die Zahlen nahezu stabil. Man geht jedoch davon aus, dass die Zahl im laufenden Jahr überschritten wird und rechnet mit etwa 200.000 Ankünften bis Ende des Jahres.<sup>3</sup>

Die italienische Regierung und die Strukturen auf lokaler Ebene waren nicht auf eine so hohe Anzahl von Flüchtlingen eingestellt. Im Verlauf des Jahres 2014 sind circa 170.000 Migranten in Italien angekommen. Laut des italienischen Innenministeriums wurden jedoch lediglich 65.000 Asylanträge gestellt. Das deutet darauf hin, dass sich eine hohe Anzahl an Personen nicht in Italien registrieren ließ und in andere EU-Staaten weitergezogen ist. Die meisten Asylantragsteller kamen aus Nigeria (15,6 Prozent), Mali (15 Prozent), Gambia (13 Prozent), Pakistan (11 Prozent) und dem Senegal (7 Prozent).

Die Verteilung der Flüchtlinge in den verschiedenen Regionen Italiens soll nach einem Schlüssel erfolgen, der seit 2011 existiert. Der Aufforderung seitens des italienischen Innenministeriums, die vereinbarten Quoten zu erfüllen und durch eine effizientere und rationale Verteilung der Migranten überforderte Regionen zu entlasten, haben jedoch einige Regionalpräsidenten eine klare Absage erteilt. Roberto Maroni (Lombardei, Lega Nord), Luca Zaia (Venetien, Lega Nord) und Giovanni Toti (Ligurien, Forza Italia), Regionalpräsidenten aus dem Norden des Landes, lehnen dies ab.

Sizilien nimmt derzeit mit 16 Prozent den größten Anteil an Flüchtlingen auf. Die Lombardei nimmt 13 Prozent auf und rangiert an zweiter Stelle, gefolgt von Latium mit 9 Prozent.<sup>4</sup> Diese Zahlen zeigen, dass drei von 20 Regionen 38 Prozent der Flüchtlinge aufnehmen.

Mit der Zunahme der Flüchtlingsströme an den Küsten Süditaliens hat sich auch der öffentliche Diskurs und die Berichterstattung in den italienischen Medien intensiviert und verändert.

Die Unzufriedenheit in der italienischen Bevölkerung wächst und die kritischen Stimmen gegen Flüchtlinge nehmen zu. Hauptkritikpunkte sind dabei das schlechte Krisenmanagement seitens der Regierung, mangelnde Unterstützung und Solidarität von europäischer Seite und auch die zunehmende Angst mit Blick auf die innere und äußere Sicherheit Italiens. Die Bevölkerung stellt ihrer Regierung schlechte Noten im Umgang mit den Flüchtlingsströmen aus. 73% sagen die Regierung habe sehr schlecht bzw. schlecht gehandelt. Auch was die Vertretung italienischer Interessen in Flüchtlingsfragen auf EU-Ebene angeht, bewerten 66% der Italiener das Handeln der eigenen Regierung als sehr schlecht bzw. schlecht.<sup>5</sup>

---

<sup>1</sup> *Frontex*, 18.08.2015

<sup>2</sup> *La Repubblica*, 27.08.2015

<sup>3</sup> *Ital. Innenministerium*, 15.09.2015

<sup>4</sup> *La Repubblica*, 27.08.2015

<sup>5</sup> *Umfrage IPSOS für Il Corriere della Sera*, 06.07.2015

Mit Blick auf die zunehmend negative Stimmung in der Bevölkerung ist die italienische Regierung darum bemüht, die Situation unter Kontrolle zu halten. Dabei sieht sie zum einen die europäischen Partner in der Pflicht, zum anderen wurden in den vergangenen Monaten eine Reihe von Maßnahmen ergriffen sowie zusätzliche Finanzmittel zur Verfügung gestellt, um die Aufnahme und Verteilung der Flüchtlinge besser zu regeln. So wurde im Herbst vergangenen Jahres die Anzahl der Kommissionen, die für die Prüfung der Asylanträge auf lokaler Ebene zuständig sind, verdoppelt und Maßnahmen ergriffen, um die Verfahrensdauer von Asylverfahren zu verkürzen.

Darüber hinaus wurden dem Innenministerium zusätzliche Mittel zur Verfügung gestellt, um die „außerordentlichen Notfälle“ im Zusammenhang mit der Ankunft und Erstaufnahme der Flüchtlinge im Süden zu bewältigen. Außerdem wurden weitere Finanzen für die Schaffung zusätzlicher SPRAR-Unterkünfte zur Verfügung gestellt.<sup>6</sup>

Diese Initiativen und Bemühungen seitens der italienischen Regierung müssen auch im Kontext der knappen öffentlichen Kassen, der hohen Staatsverschuldung und der umfangreichen Reformmaßnahmen gesehen werden. So sind andere Ministerien und Regierungsprogramme mit starken Kürzungen konfrontiert und es werden hohe Einsparungen vorgenommen.

Trotz der zunehmend negativen Haltung in der Bevölkerung ist zu erwarten, dass die italienische Regierung an der Umsetzung ihrer Pläne zur Aufnahme der Flüchtlinge festhält, sich gegen kritische und polemische Stimmen seitens der Opposition zur Wehr setzt sowie Gewalttaten verurteilt wird. „Wir werden die Aufnahme fortsetzen. Es handelt sich um 84.000 Personen. In Italien gibt es insgesamt 8.100 Gemeinden und 60 Millionen Einwohner, d.h. durchschnittlich 10 Migranten für jede Gemeinde. Das ist die „Invasion“ über die diskutiert wird. Mit Politik hat dies wenig zu tun: Hier geht es um Menschenleben“, so Präfekt Mario Morcone, Direktor der Abteilung für Bürgerrechte und Migration im italienischen Innenministerium.<sup>7</sup>

Die italienische Regierung weist immer wieder auf die Flüchtlingsursachen - wie die Kriege, Armut und Diktaturen in den Herkunftsländern – hin und fordert, diese verstärkt anzugehen. Aufgrund der Tatsache, dass circa 90 Prozent der Flüchtlinge, die in Italien ankommen, in Libyen ihre Reise nach Europa antreten, kommt diesem Land aus Sicht der italienischen Regierung eine Schlüsselrolle zu.

Die Oppositionsparteien Lega Nord, Fratelli d'Italia und die Fünf Sterne-Bewegung, besetzen das Flüchtlingsthema durch auffallend polemische Äußerungen, die sie häufig durch die Sozialen Medien in die öffentliche Debatte einbringen. Dabei fordert die Opposition eine restriktivere Handhabung der Gewährung von Schutz für Flüchtlinge, verstärkte und schnellere Abschiebungen sowie eine größere Unterstützung und Lastenverteilung seitens der europäischen Partner. Darüber hinaus herrscht die Einschätzung vor, dass die vorhandenen Flüchtlingszahlen bereits „zu viel“ für Italiens Bevölkerung und ihre Städte und Gemeinden seien. Man spricht sich gegen die weitere Aufnahme von Flüchtlingen aus und kritisiert „das Versagen“ der Regierung.

Seit Beginn seines Pontifikats hat Franziskus sich immer wieder mit der Situation von Flüchtlingen befasst und fordert Politik und Gesellschaft zum Handeln und zu mehr Mitmenschlichkeit gegenüber den Flüchtlingen auf, teilweise mit entschlossenen und sehr

---

<sup>6</sup> Legge n.146 Okt. 2014 und Decreto Legge des 22. August 2014, n.119.

<sup>7</sup> Quelle: *Reuters Italia*, 22.07.2015

kritischen Tönen. Durch eine Vielzahl von Initiativen haben sich der Vatikan und die katholische Kirche den Flüchtlingen angenommen. In dem Aufruf an Katholiken, Pfarreien und Bistümer in Europa ruft der Vatikan dazu auf, mit Aktionen am nächsten Weltflüchtlingstag – dem 17. Januar - unter dem Motto: „Migranten und Flüchtlinge sind eine Herausforderung – Antwort gibt das Evangelium der Barmherzigkeit“ auf die dramatische Situation der Flüchtlinge aufmerksam zu machen.

**Caroline Kanter** (1975) leitet seit Oktober 2014 leitet Caroline Kanter das Auslandsbüro der Konrad-Adenauer-Stiftung in Italien. Davor war sie in verschiedenen Positionen für die Konrad-Adenauer-Stiftung in Berlin und in Washington DC tätig. Von 2005-2009 leitete sie das Executive MBA Programm der Grande Ecole ESSEC in Paris. Im Jahr 2001 erwarb sie den Studienabschluss Dipl. rer. Pol. der Freien Universität in Berlin.

Nino Galetti

# Paris: Fluctuat nec mergitur

Reaktionen der französischen Politik nach den Anschlägen von Paris

„Fluctuat nec mergitur“ – so lautet der Wahlspruch im Stadtwappen von Paris. Frei übersetzt: Das Schiff schwankt, geht aber nicht unter. Dieses Motto ist an einem Bauzaun auf dem Place de la République zu sehen. Dort, ganz in der Nähe, liegen die Restaurants und die Bars sowie das Musiktheater, in denen am Abend des 13. November bei Terroranschlägen 130 Menschen getötet und mehrere hundert verletzt worden sind.

„Fluctuat nec mergitur“ ist auch der Leitsatz, dem Frankreichs Politiker derzeit folgen. Das Land ist im Ausnahmezustand. Als am Abend des 13. November klar wurde, dass Paris von einer Anschlagsserie erschüttert wird, verließ Präsident Francois Hollande umgehend das Stade de France, in dem gerade die Nationalmannschaften von Frankreich und Deutschland ein Freundschaftsspiel austrugen, und berief eine Krisensitzung der Regierung im Élysée-Palast ein. In seiner nachts live ausgestrahlten Ansprache an die Nation fand Hollande der Situation angemessene Worte. Die Franzosen sahen einen ernsten und nachdenklichen Präsidenten, der verkündete, dass die Terroristen die ganze Härte des Staates treffen würde und der umgehend – entsprechend seinen Befugnissen – für zwölf Tage den Ausnahmezustand ausrief. Noch in der Nacht informierte sich Francois Hollande gemeinsam mit Premierminister Manuel Valls und Innenminister Bernard Cazeneuve an den verschiedenen Tatorten.

Am Samstag nach den Anschlägen wurde bekannt gegeben, dass zusätzlich 3000 Soldaten zum Einsatz kommen würden, um Flughäfen, Bahnhöfe und öffentliche Plätze zu sichern. Außenminister Laurent Fabius kündigte an, dass die Weltklimakonferenz wie geplant vom 30. November bis zum 11. Dezember in Paris stattfinden werde. Am Sonntag empfing Präsident Hollande die Vorsitzenden der politischen Parteien, darunter auch sein Amtsvorgänger Nicolas Sarkozy, Vorsitzender der „Républicains“, und die Vorsitzende der Front National, Marine Le Pen, zu Vier-Augen-Gesprächen.

Nicht nur in der Nacht der Anschläge, auch in den Tagen danach hat der Präsident der Bevölkerung das Gefühl vermittelt, das Krisenmanagement fest im Griff zu haben. Mehrfach wandte er sich über die Medien direkt an die verunsicherten Bürger. Mit deutlichen Worten kündigte er entschiedene Reaktionen auf die Terroranschläge an: „Wir werden alle Kräfte mobilisieren, um die Täter zu finden. Wir werden gnadenlos sein.“ Für Montag, den 16. November, drei Tage nach den Anschlägen, berief der Präsident den Kongress – die gemeinsame Sitzung von Assemblée nationale und Sénat – nach Versailles ein. Vor den Abgeordneten beider Kammern erklärte Francois Hollande: „La France est en guerre.“ – Frankreich befindet sich im Krieg.

Der Präsident forderte das Parlament auf, den Ausnahmezustand um drei Monate zu verlängern und kündigte an, den Terror mit allen Mitteln zu bekämpfen. Ziel ist dabei, die Terrorgruppe „Islamischer Staat“ zu zerstören und die Anschlagsgefahr durch islamistische Attentate in Frankreich und Europa dauerhaft zu bannen. Dabei agiert Hollande auf drei Ebenen:

1. Die Suche nach den Attentätern vom 13. November läuft auf Hochtouren. In der Islamistszene werden Hausdurchsuchungen durchgeführt, es kommt zu Festnahmen, über 100 Personen sind inzwischen unter Hausarrest gestellt. Fünf Tage nach den Anschlägen wurde ein Wohnhaus im Pariser Vorort St. Denis, in dem sich ein Teil der Attentäter aufhielt, mehrere Stunden unter



Beschuss genommen und gestürmt. Kurzfristig sollen in Polizei und Gendarmerie 5000 zusätzliche Stellen, in der Justiz 2500 zusätzliche Stellen geschaffen werden.

2. Frankreich wird die rechtsstaatlichen Mitteln gegen Terroristen ausschöpfen: so sollen Hassprediger ausgewiesen und Verdächtigen mit doppelter Staatsbürgerschaft den französischen Pass entzogen werden können. Daneben fordert Hollande eine engere Kooperation auf europäischer Ebene und ein besserer Austausch von Informationen zwischen den einzelnen Mitgliedstaaten. Zahlreiche französische Politiker beklagen, dass nach den Anschlägen vom Januar 2015 kaum etwas auf europäischer Ebene geschehen war. Fortan sollen die Möglichkeiten zur Strafverfolgung im Schengen-Raum gestärkt, der illegale Waffenhandel innerhalb der EU gestoppt, Netzwerke aufgehoben und Daten (etwa von Flugpassagieren) ausgetauscht werden.

3. Frankreich wird die Terrorgruppe „Islamischer Staat“ militärisch bekämpfen. Die Luftangriffe in Syrien sind seit den Anschlägen verstärkt worden. Auf Grundlage einer Resolution des UN-Sicherheitsrates ist Frankreich bemüht, gemeinsam mit den USA und Rußland eine Koalition gegen die Terroristen im Nahen Osten zu schmieden.

Dass Frankreich nun den Beistand der übrigen EU-Länder gemäß Artikel 42 des Lissabonner Vertrags einfordert, hat den Zweck, die Mitgliedstaaten der Europäischen Union nach den zahlreichen Signalen der Solidarität in die Pflicht zu nehmen und eine gemeinsam europäische Antwort auf die Herausforderung des islamistischen Terrors zu geben. Dabei geht es im Hinblick auf Deutschland weniger um die Bitte, dass die Bundeswehr an der Seite Frankreichs nach Syrien in den Krieg ziehen möge. Die Franzosen kennen die Möglichkeiten ihrer Nachbarn – und deren Grenzen. Aber sie kennen auch ihre eigenen Möglichkeiten und Grenzen. Einen militärischen Angriff zu führen, kostet Geld. Geld, das in Frankreich – nicht zuletzt aufgrund der schlechten wirtschaftlichen Lage – derzeit nicht im Übermaß vorhanden ist. Daher geht es der französischen Regierung insbesondere um eine finanzielle Entlastung. In Versailles erklärte Präsident Hollande, dass ein Sicherheitspakt nunmehr wichtiger sei als ein Stabilitätspakt. Damit spielte er auf die nicht zuletzt von der deutschen Bundesregierung immer wieder erhobene Forderung an, den Staatshaushalt Frankreichs in Ordnung zu bringen. Das von Frankreich avisierte Ziel, den Wert der Neuverschuldung nach mehreren Jahren erstmals 2017 wieder unter die vorgegebene Marke von 3 Prozent zu bringen, hat Hollande damit unter dem Beifall der meisten Abgeordneten und Senatoren kassiert.

Dies schwächt langfristig die Position der oppositionellen *Républicains*, die die Haushaltspolitik des Präsidenten immer wieder angegriffen hatten. Mit der Einberufung des Kongresses schaffte es Hollande, alle relevanten politischen Kräfte hinter sich zu bringen. Der von ihm in den Tagen nach den Anschlägen immer wieder erhobene Forderung nach der Einheit der Nation („*l'unité nationale*“) konnten sich kein Parlamentarier entziehen. Gemeinsam sangen die Abgeordneten und Senatoren im Kongress nach der Rede des Präsidenten die *Marseillaise*.

Drei Tage später, am 19. November 2015, stimmte die *Assemblée nationale* der Verlängerung des Ausnahmezustands um drei Monate mit 551:6 Stimmen zu. Die linke Tageszeitung „*Liberation*“ veröffentlicht eine Umfrage, nach der 73 Prozent der Befragten mit dem Auftreten des Präsidenten zufrieden sind. Vor den Attentaten lag dieser Wert bei unter 20 Prozent. 89 Prozent begrüßen mehr Mittel für Polizei und Gendarmerie, 81 Prozent befürworten Luftschläge gegen die Terroristen in Syrien, 62 Prozent befürworten den Einsatz von Bodentruppen.

Ob dem Präsidenten und seiner Sozialistischen Partei diese Zustimmungswerte bei den am 6. und 13. Dezember anstehenden Regionalwahlen nutzen werden, ist jedoch ungewiss. Ungewiss ist auch,

wie die Linke langfristig mit den jüngsten Entscheidungen zur Einschränkung von Bürgerrechten und Freiheit umgehen wird. Denn faktisch setzen Präsident und Regierung derzeit die Ideen der politischen Rechten im Bereich der Inneren Sicherheit um. Ohne die Anschläge vom 13. November wäre dies undenkbar gewesen. Gleichzeitig muss Francois Hollande durch sein klares und hartes Auftreten aber auch von Fragen ablenken, die öffentlich immer häufiger und immer lauter gestellt werden: Warum wurden die Maßnahmen zur Erhöhung der Sicherheit nicht bereits nach den Anschlägen vom Januar 2015 ergriffen? Warum konnte die Regierung die erneuten Anschläge nicht verhindern? Wie konnte es passieren, dass mitten in Paris zur selben Zeit sieben Attentate an sieben verschiedenen Orten stattfinden?

Direkt nach den Anschlägen hatte der Vorsitzende der oppositionellen *Républicains*, Nicolas Sarkozy, hinter Präsident und Regierung gestellt. Die Terrorattacke sei eine Kriegserklärung an Frankreich. Das Land befinde sich im Kriegszustand. Sarkozy fordert nun eine Wende in der Sicherheitspolitik: Französische Syrien-Heimkehrer, die auf Seiten der Terroristen des Islamischen Staates gekämpft hätten, seien bei der Wiedereinreise in Gewahrsam zu nehmen. Internetseiten, die die Gewalt des „Islamischen Staates“ verherrlichen, müssten juristisch ebenso belangt werden wie etwa die Verbreitung von Kinderpornographie. Die rund 11.000 dem Staat bekannten radikalisierten Islamisten in Frankreich sollten künftig mittels einer elektronischen Fußfessel überwacht werden. Zur Vernichtung der Terrorgruppe „Islamischer Staat“ dürfe der Westen eine Zusammenarbeit mit Russland nicht scheuen.

Sarkozys innerparteiliche Kontrahenten, die wie er gerne als Kandidat der *Républicains* bei den nächsten Präsidentschaftswahlen im Mai 2017 antreten möchten, meldeten sich mit eigenen Vorschlägen zu Wort. Francois Fillon schlug vor, dass die Regierung täglich die Anzahl der ausgewiesenen Ausländer bekannt geben solle. Alain Juppé forderte die Einführung eines staatlichen Diploms für Imame und muslimische Prediger. Und Bruno Le Maire verlangt die Revision der Beziehungen Frankreichs zu den Golfstaaten, denen die Finanzierung von Terrorgruppen nachgesagt wird.

Marine Le Pen, die Vorsitzende der *Front National*, nutzte ihre Erklärungen nach den Attentaten dazu, ihre bisherigen politischen Forderungen zu unterstreichen: Ohne gesicherte Grenzen gebe es keinen Schutz. Daher solle Frankreich wieder dauerhafte Grenzkontrollen einführen und Armee, Gendarmerie und Polizei besser ausrüsten. Alle Länder, die die Islamisten bekämpften, seien Frankreichs Verbündete und sollten auch als solche behandelt werden. Unschwer zu erkennen, dass Le Pen hierbei an Russland denkt, ohne es auszusprechen. Kriminelle Ausländer seien abzuschieben. Der Ausnahmezustand solle genutzt werden, um die Bewohner der Banlieus zu entwaffnen. Die Anschläge machten deutlich, dass es in der bisherigen Sicherheitspolitik viele Versäumnisse gebe. Präsident und Regierung, setzten nun – unterstützt vom Beifall der *Républicains* – Forderungen um, die die *Front National* seit langer Zeit fordere.

Ob der Zuspruch zur *Front National* bis zu den Regionalwahlen am 6. und 13. Dezember weiter steigen wird, ist zweifelhaft. Denn nicht starke Sprüche sind derzeit gefragt, sondern überlegtes und wirksames Handeln. Präsident und Regierung zeigen in der gegenwärtigen Situation Führung und Gestaltungswillen – anders als so oft in den bisher dreieinhalb Jahren ihrer Amtszeit. Francois Hollande versteht es, sich als Krisenmanager und Kriegsherr mit menschlichem Antlitz darzustellen. Erneut nimmt er die Rolle des Vaters der Nation ein, die er bereits nach den Anschlägen vom Januar 2015 eine Weile lang innehatte.

In Paris ist die Stimmung gedrückt. An den Eingängen von Kaufhäusern, Hotels und Kinos, selbst von Kirchen, werden Taschenkontrollen gemacht. Tag für Tag strömen tausende Menschen zum

Place de la République, um am zentralen Monument Blumen niederzulegen und Kerzen anzuzünden. Nach den Anschlägen vom Januar 2015 hatte die Pariser im Rahmen einer Großdemonstration die Möglichkeit, ihren Gefühlen gemeinschaftlich Ausdruck zu verleihen und ein öffentliches Zeichen gegen den Terror zu setzen. Eine große Demonstration wird es diesmal nicht geben – aufgrund des geltenden Ausnahmezustands gibt es ein Versammlungsverbot. Am Freitag wird es eine nationale Gedenkfeier im Invalidendom geben. „Fluctuat nec mergitur“ – das Schiff schwankt, aber es geht nicht unter.

*Dr. Nino Galetti (1972) studierte Politische Wissenschaften, Völkerrecht und Romanistik in Bonn. Zunächst arbeitete er im Deutschen Bundestag und wechselte 2006 zur Konrad-Adenauer-Stiftung zunächst im Bereich Internationale Zusammenarbeit, später als Leiter des Vorstandsbüros. Seit August 2015 ist er Repräsentant der Konrad-Adenauer-Stiftung in Paris. 2008 erhielt er den Wissenschaftspreis des Deutschen Bundestages.*

25. November 2015

Thomas Sternberg

# Für die Kirche engagieren

*Vorstellungsrede zur Wahl des Präsidenten des Zentralkomitees der deutschen Katholiken vor der Vollversammlung des ZdK am 20. November 2015 in Bonn/Bad-Godesberg*

Liebe Mitglieder im ZdK, Schwester und Brüder,  
Unsere Vollversammlung findet in einer schwierigen Situation statt:

Wir diskutieren über Flüchtlinge und über die Terroranschläge von Paris. Bombendrohungen beherrschen die Nachrichten - Die Probleme der Einen Welt sind bei uns angekommen – wir können sie nicht mehr nur im Fernsehen ansehen! Die Ströme der Flüchtlinge berühren uns unmittelbar. Wir müssen uns unter anderem auch mit dem Islam und dem, was Terroristen als Islam bezeichnen auseinandersetzen müssen.

Die katholischen Frauen und Männer sind Fachleute für das interreligiöse Gespräch. Das ZdK führt diesen Dialog seit Jahren. Wir betonen den Unterschied zwischen dem Islam und seiner perfiden Ausnutzung für terroristische Ideologien. Darüber hinaus unterstützt das ZdK die vielen Ehrenamtlichen in der Flüchtlingshilfe der Gemeinden, Verbände und Organisationen. Und nicht zuletzt sind auch Gottesdienste und Gebete eine Form der Hilfe und Solidarität.

Katholikinnen und Katholiken sind gefragt mit ihrem Urteil; das haben wir in den Debatten um die Gesetze zur Palliativversorgung und zur gewerblichen Beihilfe zum Suizid erlebt. Aber im Umfeld dieser Debatte haben wir auch scharfe antikirchliche Töne gehört.

Wir sind inzwischen in der Minderheit (wenn auch nicht so wenige, wie manchmal behauptet). Nur zusammen mit unseren evangelischen Glaubensgeschwistern stellen wir eine Mehrheit von knapp 60 % der Bevölkerung. Das ZdK mischt sich ein.

In diese Debatten möchte ich mich noch stärker einbringen.

Ich bin vor Monaten von einer Reihe von Mitgliedern des ZdK gefragt worden, ob ich für das Amt des Präsidenten kandidieren würde und bin vorgeschlagen worden. Ich stelle mich damit dem Wettbewerb. Etwas Wettbewerb tut auch dem ZdK und etwas mehr Mitbestimmungskompetenz seiner Vollversammlung gut.

Ich möchte mit dieser Bereitschaft ein jahrzehntelanges Engagement fortsetzen. Ich möchte in einer Zeit, in der kirchlich Vieles in Bewegung gekommen ist, zu synodalen Formen in der katholische Kirche in Deutschland beitragen.

Zu meiner Person: Ich bin Jahrgang 1952 und habe in meinem sauerländischen Dorf nach der Volksschule 1969 die Bäckergelehrprüfung abgelegt. In meiner Familie lernte ich einen sehr engagierten und kritischen Glauben kennen. Anderthalb Jahre später ging ich zum Abendgymnasium nach Neuss, arbeitete aber noch bis 1977 regelmäßig als Bäcker. Studiert habe ich zunächst Germanistik, Philosophie und Kunstgeschichte – später auch Theologie - in Münster, Rom und Bonn. In Münster wurde ich 1980 Diplom-Theologe und dort promovierte ich in Germanistik 1982. In Bonn schloss sich 1988 eine theologische Dissertation an. 2001 wurde ich Honorarprofessor für Kunst und Liturgie an der Theologischen Fakultät in Münster. Seit 1988 bin ich Leiter der Katholisch-Sozialen Akademie Franz Hitze Haus in Münster. Das bin ich seit 2005 in Teilzeit, weil ich seitdem Abgeordneter des nordrhein-westfälischen Landtags bin. Die Tätigkeit in der Akademie würde ich im Falle meiner Wahl aufgeben.

Das Wichtigste ist für mich die Familie: seit 34 Jahren bin ich mit der Ärztin Angelika Lemmen-Sternberg verheiratet; wir haben fünf inzwischen erwachsene Kinder. Vorigen Samstag konnten wir die erste Trauung in der Familie feiern. Vor fast 24 Jahren wurde meiner Frau und auch mir im Zusammenhang der Geburt unserer jüngsten Zwillinge drastisch deutlich gemacht, dass wir unser Lebensglück nicht nach unserem Willen steuern können.

Politisch habe ich mich immer engagiert: von der Studierendenvertretung über Studienkommissionen, Universitätsvertretungen zum Sachkundigen Bürger im Kulturausschuss im Rat der Stadt Münster. Von 2003 bis 2007 war ich für die evangelische und die katholische Kirche Sachverständiger in der Enquetekommission „Kultur in Deutschland“ des Bundestages. Weil mir Kulturpolitik viel Freude machte, bewarb ich mich als Quereinsteiger für ein

Mandat im Landtag, Dort bin ich - bis auf die Jahre 2010-2012 als schulpolitischer - kulturpolitischer Sprecher meiner Fraktion. Seit 2006 bin ich auch Vorstandmitglied der Kulturpolitischen Gesellschaft. Kunst und Kultur sind für mich sehr viel mehr als eine Nebensächlichkei der Freizeitgestaltung.

Kirchlich hatte ich eine Reihe von Engagements. Wichtig waren und sind mir besonders der Konsultationsprozess zum Gemeinsamen Wort zur wirtschaftlichen und sozialen Lage 1997, das Diözesanforum in Münster und die Vorbereitung des Diözesanubiläums dort. Im ZdK und seinem Hauptausschuss bin ich seit 1996. Bis 2013 habe ich als Sprecher für Grundfragen der Wissenschaft, Bildung und Kultur eine Reihe von Erklärungen mit erarbeitet; zuletzt die zur Inklusion, die wir 2012 in Mannheim verabschiedeten. Seit 1997 bin ich auch Berater in der Kommission für Wissenschaft und Kultur der Bischofskonferenz.

Soviel zu meiner Person.

Liebe Mitglieder, in der bundesrepublikanischen Öffentlichkeit sind kirchliche Äußerungen nicht mehr selbstverständlich: sie treffen zum Teil auf einen aggressiven Säkularismus, der allen Religionen Gewalttätigkeit und Intoleranz unterstellt. Noch häufiger haben wir es mit Gleichgültigkeit in religiösen Fragen zu tun nach dem Motto „ich glaub nix – mir fehlt nix“. Wie reagieren wir darauf mit unserer Glaubensüberzeugung?

Wir erleben eine extreme Pluralisierung der Bekenntnisse und Weltanschauungen. Zum so wichtigen Dialog mit den Juden ist seit vielen Jahren der Dialog mit den Muslimen hinzugekommen. Er wird künftig noch wichtiger werden. Wie wohltuend war die wunderbare Rede von Navid Kermani in der Paulskirche vor wenigen Wochen. Da wurde deutlich: wer in seinem Glauben gefestigt ist, kann Dialoge umso offener führen.

Wie können wir in unserer Gesellschaft „Salz der Erde“, oder „Sauerteig“ (mir gefällt dies Bild besonders gut) und „missionarisch Kirche“ sein? Wir wollen die Freude am Evangelium und die Freude, die aus dem Evangelium erwächst, in einer rasant sich verändernden Situation vermitteln. Wie können wir zum Zusammenhalt der Gesellschaft beitragen?

Die großen politischen Themen verlangen unsere Stellungnahme und unser Engagement. Das betrifft zur Zeit vor allem die Fragen der Integration, die Europapolitik, eine erneuerte Friedenspolitik, die Klimapolitik. Ich glaube, wir stehen vor großen Herausforderungen als Zentralkomitee der Katholiken. Wir sind gefragt zu den großen Themen der Politik.

Es gibt aber auch Reformbedarf in Organisation und Arbeitsweise des ZdK. Nicht allein in unseren Vollversammlungen muss es mehr Mitwirkung und Mitentscheidung aller Mitglieder geben. Präsidium, Sprecherinnen und Sprecher sollen sich noch mehr als Team begreifen und eigenständig Themen übernehmen, um sich rasch in aktuelle Debatten einschalten zu können.

Die Öffentlichkeitsarbeit des ZdK könnte aufgefrischt werden, - mit knapperen und schnelleren Meinungsäußerungen und weniger mit Verlautbarungen, so gut sie auch formuliert sein mögen. Erkennbarkeit des Laienkatholizismus ist auch ein Thema unserer Katholikentage. Wie können wir uns in der Fülle von Veranstaltungen mit zentralen Botschaften vernehmbar machen?

Für alles das gibt es keine Patentrezepte, aber in gemeinsamer Anstrengung und mit professioneller Beratung sollten wir an inneren Reformen arbeiten

Das Erscheinungsbild der katholischen Kirche in Deutschland ist für Außenstehende kaum zu begreifen. Die kirchliche Kompetenz für die gesellschaftlichen Aussagen liegt bei den katholischen Laien! Doch da gibt es politische Meinungsäußerungen von Bischöfen und von Laien, ohne dass man weiß, wie die nun zueinander stehen. Unsere Erklärungen müssen gemeinsam verfasst werden und sie müssen ökumenisch sein. In Entsprechung der synodalen Beschlüssen der EKD müssen DBK und ZdK häufiger gemeinsam auftreten. Gut finde ich, dass auf der neuen Schrift „Ethisch investieren“ beide Signets auf der Titelseite zu finden sind. Auch die Stellungnahme nach dem Beschluss des Bundestags zum assistierten Suizid mit Kardinal Marx, Präsident Glück und dem EKD-Vorsitzender Bedford-Strohm ist ein gutes Beispiel. Aber dann muss man wieder lesen, dass nach unserem noch ein eigenes Papier der Bischöfe, bzw. der Kommissionsberater, zu TITIP in Arbeit sei - warum bloß?

Gerade das TTIP-Papier zeigt einen richtigen Weg: es formuliert, welche Bedingungen erfüllt sein müssen, damit es christlichen Grundpositionen genügt. Das Thema muss in die globale Agenda 2030 eingebunden werden.

Zu den wichtigen innerkirchlichen Fragen der nächsten Monate gehört: Wie geht es weiter nach dem Gesprächsprozess? Das letzte Treffen dieses fünfjährigen Dialogprozesses in Würzburg hat gezeigt, dass wir es nicht mit einer einheitlichen Bischofsfront da und einem einheitlichen Block der Laien zu tun haben, sondern, dass wir gemeinsam

über Themen debattieren können. Wie kann man „Gemeinsam Kirche sein“, wie zu synodalen Strukturen kommen?  
Ich stelle mir unsere Kirche in 10 Jahren vor:

Sie tritt geschlossener öffentlich auf; die ökumenische Zusammenarbeit ist noch selbstverständlicher geworden.

In den Gemeinden ist unter dem Stichwort der Orientierung an verschiedenen Charismen eine neue Form von Selbständigkeit entstanden, die Subsidiarität auch in der Kirche verwirklicht.

Sie bleibt eine gewichtige Stimme in Politik und Gesellschaft und hat viele Formen des Religionendialogs, vor allem mit den Muslimen.

Nicht allein die Bischofskonferenz ist kirchenrechtlich endlich gestärkt, auch der Laienkatholizismus ist in seiner Repräsentation durch das ZdK eine deutlich wahrnehmbare Stimme in einer säkularen Öffentlichkeit.

Endlich sind Formen gefunden für eine Aufnahme von Geschiedenen Wiederverheirateten in die volle Kirchengemeinschaft.

Die Arbeit der Seelsorgerinnen ist ausgebaut und besser anerkannt; der Frauendiakonats und geweihte "viri probati" sind Selbstverständlichkeit.

Der Einsatz der katholischen Frauen und Männer für das ungeborene Leben bei donum vitae ist kein Streitpunkt mehr.

Wir sind gemeinsam eine dienende, politisch wirksame, missionarische und die Freude am Evangelium ausstrahlende Kirche.

Aus Evangelii Gaudium, diesem wunderbaren, ermutigenden Text unseres Papstes Franziskus möchte ich mit einer knappen Feststellung schließen: „Die Laien sind schlicht die riesige Mehrheit des Gottesvolkes. In ihrem Dienst steht eine Minderheit: die geweihten Amtsträger.“(EG 102) Soweit der Heilige Vater.

Ich möchte mich noch stärker für diese Kirche engagieren und bitte um Ihr Vertrauen! Vielen Dank.

**Prof. Dr. Dr. Thomas Sternberg** (1952) hat nach einer Bäckerlehre Germanistik, Kunstgeschichte und Theologie in Münster, Bonn und Rom studiert. Seit 1988 ist er Direktor der Katholisch-Sozialen Akademie FRANZ HITZE HAUS Münster. Seit 1997 ist er Sprecher für kulturpolitische Grundfragen im Zentralkomitee der deutschen Katholiken und gehört seit 2005 ist er Mitglied des Landtages Nordrhein-Westfalen an, wo er kultur- und medienpolitischer Sprecher der CDU-Fraktion ist. Seit 2012 ist er Sprecher des Herausgeberkreises von *kreuz-und-quer.de*. Am 20. November 2015 wurde er zum Präsidenten des Zentralkomitees der deutschen Katholiken gewählt.

Susanna Schmidt

# Eliten und politische Verantwortung

Wer sich in jungen Jahren selbst dazu zählt, wird ihr nicht angehören. Wer das Phänomen leugnet, hat vermutlich etwas zu verschleiern. Und wer meint, den Begriff ganz unproblematisch im Munde führen zu können, kennt die Geschichte nicht. Die Rede ist von Eliten, einem Begriff, der über Jahrzehnte in der Bundesrepublik verpönt war. Dabei darf es zu den sehnlichsten Wünschen von Menschen gezählt werden, auserwählt zu sein, was das Wort ja eigentlich bedeutet.

Selten habe ich etwas Bewegenderes erlebt als die Aufnahmezeremonie der ersten Stipendiatinnen und Stipendiaten des muslimischen Begabtenförderwerkes Avicenna. Denn es war spürbar, mit welchem Stolz und welcher Ehrfurcht diese jungen Frauen und Männer ihr Begabtenstipendium entgegen nahmen. Sie wussten: Es war ein Zeichen, nicht nur an sie, sondern an die muslimische Community, dass man in ihr die Potenziale künftiger Eliten unseres demokratisch verfassten Gemeinwesens sieht.

Und ein Weiteres hat die Gründung dieses Begabtenförderwerkes gezeigt: dass der Begriff der Eliten in der Bundesrepublik mit Leistung verbunden wird und nicht der zu den Eliten zählt, der eine bestimmte Herkunft oder besonders viel Geld vorzuweisen hat. Natürlich erhöhen eine besondere Herkunft und Geld die beruflichen Erfolgsaussichten (und diese Lücke in der Bildungsgerechtigkeit darf nicht verschwiegen werden), doch sie sind, anders als in aristokratischen oder oligarchischen Gesellschaften, kein Rekrutierungsprinzip. Hier spätestens wird so mancher Zweifel äußern, da in einzelnen Teilbereichen der Gesellschaft eben auch weitere Kriterien eine Rolle spielen, zum Beispiel der Proporz zwischen Männern und Frauen, der regionalen Herkunft oder Konfession oder auch die Loyalität zu denjenigen, die die Auswahlentscheidung treffen.

Egal, ob man den Begriff verwenden will und wie man die Auswahlkriterien einschätzt: dass die Menschen an herausgehobener gesellschaftlicher Position eine besondere Verantwortung für das Gemeinwohl haben, wird kaum jemand bestreiten. Umso mehr fällt es ins Gewicht, wenn wir erleben, dass junge Menschen, die das Privileg eines Studiums haben, sich immer weniger für Politik interessieren, wie es der letzte Studierendensurvey zu Tage gebracht hat<sup>8</sup>. Oder wenn Intellektuelle, wie vor der letzten Bundestagswahl geschehen, die vollkommene Profillosigkeit politischer Parteien beklagen und deswegen die Wahl – mit Ankündigung – boykottieren wollten<sup>9</sup>.

Was aber bedeutet Verantwortung für das Gemeinwesen? Ich will mit Max Webers berühmter Definition in „Politik als Beruf“ antworten: „Die Politik bedeutet ein starkes, langsames Bohren von harten Brettern mit Leidenschaft und Augenmaß zugleich“<sup>10</sup>. Dabei ist mit Leidenschaft hier die „Hingabe an eine ‚Sache‘“ gemeint. „Denn mit der bloßen, als noch so echt empfundenen Leidenschaft ist es freilich nicht getan. Sie macht nicht zum Politiker, wenn sie nicht als Dienst an einer ‚Sache‘ auch die *Verantwortlichkeit* gegenüber eben dieser Sache zum entscheidenden Leitstern des Handelns macht. Und dazu bedarf es [...] des *Augenmaßes*, der Fähigkeit, die Realitäten mit innerer Sammlung und Ruhe auf sich wirken zu lassen: also der *Distanz* zu den Dingen und Menschen.“

Der Politiker muss seinen Grundsätzen treu bleiben und dennoch die möglichen Folgen seines Handelns vor jeder Entscheidung bedenken, er muss sich an der Gesinnungs- wie an der Verantwortungsethik orientieren. Wer immer Verantwortung für das Gemeinwesen übernimmt, nicht nur in der Politik, sondern auch in Wirtschaft, Religion, Kultur, Medien oder Wissenschaft, braucht die hier geschilderten Haltungen:

<sup>8</sup>Vgl. Michael Ramm/Frank Multrus/Tino Bargel/Monika Schmidt: Studiensituation und studentische Orientierungen, hrsg. Vom Bundesministerium für Bildung und Forschung 2014.

<sup>9</sup>Vgl. Harald Welzer: Warum ich nicht mehr wählen gehe, in: Der Spiegel 22/2013 und zur weiteren Debatte z.B. Die Welt, 5.8.2013 oder Der Spiegel 38/2013.

<sup>10</sup>Max Weber: Politik als Beruf. In: Max Weber: Schriften 1894-1922. Ausgewählt von Dirk Kaesler, Stuttgart 2002, S. 555, das folgende Zitat S. 537.

Leidenschaft und Distanz, Gesinnung und Gewahren der Folgen. Letztlich sollte dies für jeden Staatsbürger gelten...

Aus der Sicht eines christlich-demokratischen Verantwortungsbegriffs kommt aber noch ein Weiteres hinzu: Die jüdisch-christliche Tradition hat immer Kritik an den verantwortlichen handelnden Personen geübt. Das zieht sich von den Propheten bis hin ins Neue Testament, in dem Maria im ersten Kapitel des Lukas-Evangeliums verkündet: „Die Mächtigen stürzt er vom Thron und erhöht die Niedrigen. Die Hungernden beschenkt er mit seinen Gaben und lässt die Reichen leer ausgehen.“ (Lk 1,52f.) Der christliche Glaube, der sich vom Kreuz her versteht, kann sich niemals an einen Status quo verkaufen, jede Ignoranz gegenüber der *basileia tou theou*, der schon angebrochenen „Gottesherrschaft“ wird in die Irre führen. Vielmehr orientiert er hier strikt auf Endlichkeit. Zu welcher Haltung kann und sollte dieser Glaube diejenigen führen, die an herausgehobener Stelle Verantwortung übernehmen und sich an ihn gebunden fühlen? Was kann das konkret heißen?

Nehmen wir die derzeit so umstrittene Flüchtlingsfrage. Der fiktive Rollentausch gemäß der Bibel und im Übrigen auch gemäß dem kategorischen Imperativ - was wollte ich als Flüchtling, dass mir getan wird? – wird zunächst eines freisetzen: Humanität, über staatliche Stellen und freiwillige Helfer in die Tat umgesetzt. Doch die Endlichkeit hat eine zweite Dimension. Wir dürfen nicht annehmen, dass Gott jetzt alles richten wird, vielmehr ist es uns aufgegeben, eine Form eines – vorläufigen – Zusammenlebens selbst zu finden. Das Reich Gottes hat begonnen, aber die Jesaja-Träume sind noch nicht Realität. Wir sollten nicht so tun, als ob wir sie herstellen könnten. Vielmehr ist uns aufgegeben, im Wissen um die Endlichkeit von Macht und Wohlstand und um die Grenzen unserer Fähigkeiten, auch unserer Integrationskraft, eine gute Ordnung als Provisorium zu ermöglichen. Die eigenen Grenzen zu kennen und die unendlichen Möglichkeiten Gottes im Endlichen nicht zu unterschätzen, ist kein Widerspruch.

*Susanna Schmidt (1963) leitet die Hauptabteilung Begabtenförderung und Kultur der Konrad-Adenauer-Stiftung, zuvor war sie Leiterin der Strategieabteilung des Bundesministeriums für Bildung und Forschung. Von 1999 bis 2005 war sie die Direktorin der Katholischen Akademie in Berlin.*



30. November 2015

Elke Tonscheidt

## Medienmacher im digitalen Zeitalter

Früher war alles besser. Ich bevorzuge den Spruch so: Früher war vieles anders. Zum Beispiel ohne ‚diese Blogger‘. Da gab es Journalisten, die fragten mich Löcher in den Bauch und anderntags stand es in der Zeitung. Ich schreibe das, weil ich früher Pressesprecherin der Bundes-CDU in Bonn, später Pressesprecherin der Adenauer-Stiftung in Berlin war. Da wurde ich noch von freundlichen Sekretärinnen verbunden: „E.T., bitte übernehmen, der will was über die Bundesvorstandssitzung wissen ...“ Und dann konnte man 12-18 Stunden später lesen, wie sauber ich eine Information vermittelt hatte. Manchmal hatte ich schlaflose Nächte, wenn zum besseren Verständnis etwas „unter drei“ gesagt wurde, was aber nicht gedruckt werden sollte...

Ja, früher. Ich schreibe hier von den 90er Jahren. Als Helmut Kohl noch aktiv war. Als sich die Email-Kommunikation aktiv in den Alltag drängelte – die politische Morgenlage aber noch von Printmedien geprägt war. Nach ausgiebiger Zeitungslektüre waren die Hände dunkelgrau gefärbt. Klar hatte man Deutschlandfunk im Radio gehört. Aber Blogs gelesen? Bitte was? Es reichte doch wirklich, wenn Praktikanten neuer Privatradios ihre Nase in Pressekonferenzen „hoher Tiere“ steckten. Und dann ernsthaft fragten: Wer ist denn der Typ da, der gerade redet?

Während ich das schreibe, flattert die Nachricht vom Tod Helmut Schmidts in meinen Facebook-Account. Ich halte inne. Der große Kanzler aus noch älteren Tagen. Der, über den am nächsten Tag die ZEIT schreiben wird: „Wie geht das – ohne ihn? Das Unwichtige vom Wichtigen unterscheiden, den Effekt von der Substanz, das Gefühliges vom Vernünftigen: Warum Helmut Schmidt so anders war ...“

Zurück zur medialen Welt in 2015: Seit einigen Jahren gehöre auch ich zu den Bloggern. So richtig verstanden, was das ist, habe ich erstmals in Köln, als ich 2011 anfang, für den hyperlokalen Blog meinesuedstadt.de zu schreiben. Mittlerweile habe ich zudem einen eigenen Blog. Aber egal, wo man publiziert – eins ist immer von enormer Wichtigkeit: Dass man redlich bleibt, seine auch ganz persönliche Verantwortung kennt. Und hier sind wir wieder bei Helmut Schmidt, alten Werten und der – wie sagt man heute gern? – Achtsamkeit.

Redlich, achtsam? Damit meine ich so was wie aufrichtig, fair, auch ausgewogen. Denn ob Journalist, Blogger, Pressesprecher oder PR-Agentur: Man kann ja immer nur einen Ausschnitt der Realität bringen. Aber dieser sollte so wahrhaftig wie möglich sein. Nicht gefärbt von persönlichen Interessen. Das verstehe ich unter Medienverantwortung. Wichtig ist das dann, wenn es brenzlich wird und wenn Krisen den Alltag bestimmen. Da sind wir wieder bei Helmut Schmidt. Sinngemäß antwortet Peer Steinbrück in der ARD auf die Frage, was wohl Schmidt in der Flüchtlingsfrage geraten hätte: Er hätte, mutmaßt Steinbrück, nicht von einem Plan gesprochen, wenn er diesen noch nicht gehabt hätte.

Im Vergleich von damals zu heute ist klar: Die Zeit, die Politiker früher zur Vorbereitung von Informationen hatten, um diese dann wohllosiert unter die Medienleute zu geben, die hat sich drastisch verkürzt. Das Internet, Blogs, Twitter oder Instagram lassen grüßen. Umso mehr steigt die Verantwortung für das veröffentlichte Wort derer, die professionell Informationen verteilen! Kurz gesagt: Wenn sich heute jeder Hinz und Kunz im Netz ausprobieren darf – viele nennen das gern die dunkle Seite des Internets –, dann muss etablierter Journalismus besonders verantwortungsbewusst sein.

In der mittlerweile immer hitziger geführten Debatte über die Frage, wie viele Flüchtlinge unser Land vertragen kann, tun sich Brüche auf. Für mich erstmals seit der Wende spürbar, wird – das ist das Positive – wieder richtig politisch diskutiert ... Da trauen sich – das ist das Negative – aber auch wieder politisch motivierte Brandstifter auf die Straße. Was mir persönlich mehr Angst macht als fremde Kulturen. Und da stellt sich einmal mehr die Frage, von welchen Werten sich Publizisten leiten lassen, wenn sie berichten.

Hier kommt ein neues Projekt aus „meiner“ Uni-Stadt Münster ins Spiel, das sich dem sogenannten konstruktiven Journalismus verschrieben hat. Es kommt als „lösungsorientiertes Online-Medium für die Fragen unserer Zeit“ daher und wird derzeit von drei jungen Wissenschaftlern aufgebaut. Mit dem erklärten Ziel, nicht die Welt retten zu wollen, aber echte Transparenz zu schaffen. Mehr noch, wie mir einer der Gründer, Dr. Bernhard Eickenberg, erklärt: „Wir setzen darauf, ein Verständnis zu vermitteln statt lediglich einzelne Infos zu transportieren. Und wir wollen das Denken, dass vor allem bad news good news sind, durchbrechen.“ Lösungsorientiertes Denken fördere die Eigeninitiative, sagt der promovierte Physiker, während Nachrichten, die stets Probleme schilderten, den Rezipienten oft ängstlich und mit einem Gefühl von Machtlosigkeit zurück ließen. „Da entsteht dann kein Mittun, da wird eher Apathie gefördert.“ Oder, wie sich Bundespräsident Joachim Gauck bezüglich pessimistischer Äußerungen in der Flüchtlingsdebatte

zitieren lässt: "Es werden Horrorszenarien für die Zukunft entwickelt. Und diese Horrorszenarien und diese negativen Stereotype haben alle eines gemeinsam: Sie entmächtigen uns."

Ich wünsche mir mehr positive Denkansätze. Deshalb habe ich, die Bloggerin, die Initiative ‚Macht, Medien!‘ gestartet. Gemeinsam mit rund 50 Erstunterzeichnern und vielen weiteren Mitstreitern appellieren wir an Medienmacher: Zeigt Euch gerade jetzt, wo unsere Gesellschaft in der Flüchtlingsdebatte und insbesondere seit den Pariser Anschlägen vor grundlegenden Veränderungen steht, noch verantwortungsbewusster. Weitere Unterzeichner können mitmachen! Wie, das steht im Blog. Ziel ist es, ein Manifest an Deutschlands Medienmacher zu formulieren: Um diese zu ermutigen, die verantwortungsvolle Berichterstattung gerade in Krisenzeiten wie heute zu verstärken.

***Elke Tonscheidt** (1967) bloggt auf [www.ohfamoos.com](http://www.ohfamoos.com) über spannende Menschen und sinnvolle Projekte. 1992 – 1998 war sie Pressesprecherin der Bundes-CDU in Bonn, 1998 – 2000 Sprecherin der Konrad-Adenauer-Stiftung in Berlin. Von dort zog es sie 2000 nach München, wo sie ein Start-Up mit aufbaute. 10 Jahre später gründete sie in Köln ihre Familie, mit der sie heute in Düsseldorf lebt.*

*Mehr über das Projekt ‚Perspective Daily‘:*

*<http://www.zeit.de/kultur/2015-10/konstruktiver-journalismus-perspectives-daily-kampagnen/seite-2>*

*Mehr über die Initiative ‚Macht, Medien!‘:*

*<http://ohfamoos.com/2015/11/aufruf-medienmacher-manifest-mehr-verantwortung/>*

Anja Sievers

## Weihnachtswort 2015

Plätzchen, Gans im Römertopf, Weihnachtsbaum, Kerzen, Glühwein und Orangen, Geborgenheit, das aufdringliche Parfüm von Tante Frieda und von angestrenzter Harmonie – der Geruch von Weihnachten. Staubige, heiße Luft, Ernte, Planschbecken, ausgepustete Kerzen auf dem Kuchen, Aufregung, Vorfreude – so riechen meine (Kinder-)Geburtstage im August. Besondere Tage haben einen besonderen Geruch.

Misthaufen, ungeputzter Esel, nasses Fell – so hat ein Geburtstag vor 2000 Jahren gerochen. Nicht nach Kerzen oder gar sterilem Kreißsaal, nicht nach Baby und frischen Windeln.

Maria und Joseph sitzen nach einem beschwerlichen Weg zwischen diesem ungeputzten Esel und Kuhmist, schauen sich um und sollen hier die Geburt ihres ersten Kindes erleben. Zwischen den Geruch von Mist und Tier mischt sich der Gestank von Sorgen und Bedenken: „Wie sollen wir das schaffen? Wie kann das gehen?“ Ein paar Stunden später riecht es nicht mehr nur nach Mist, sondern vor allem nach Neugeborenem, nach Erleichterung, nach Dankbarkeit.

Bald schon stehen die ersten Besucher neben dem Kind. Nicht so wie bei uns an besonderen Tagen – festlich angezogen und in eine feine Note von Hugo Boss oder Chanel Nr. 5 gehüllt. Nein, die Leute, die Maria und Joseph besucht haben, riechen nach Einsamkeit – nach dem klammen Mantel der Einsamkeit. Nach Nacht, nach Erde und nach Schaf.

Die Hirten hockten Nacht für Nacht mit ihren Herden auf dem Feld. Und wer sich in der Dunkelheit rumtreibt, der ist verdächtig. Mit dem hat man als ehrbarer Bürger lieber nichts zu tun. Wer weiß, was die nachts alles so anstellen, wenn die Welt schläft und niemand guckt.

Das sind die ersten Besucher am Geburtstag des Gottessohnes: Ochs und Esel, vielleicht eine Katze, die sich um die Beine windet – Tiere, die ihre Hinterlassenschaften fallen lassen, wo sie gerade stehen. Und Hirten, die seit Tagen auf dem Feld lagerten, nach nasser Wolle und ungewaschenem Mensch riechend.

Das ist die Umgebung, in der Gottes Sohn zur Welt kommt.

Mühe, Sorge, Einsamkeit. So riecht es auch heute an vielen anderen Tagen im Jahr – den alltäglichen, den nicht besonderen Tagen, an denen weder Weihnachten noch Geburtstag ist. An den Tagen, an denen es nicht nach Gänsebraten, Harmonie und Geborgenheit riecht. Wie viele Tage gibt es doch, an denen es wie damals bei Maria und Joseph riecht? Wie viele Frauen bekommen derzeit unter ganz ähnlichen Bedingungen ihre Kinder? Auf Kriegsschiffen, in Auffanglagern, auf dem Weg in ein vermeintlich besseres Leben...

Hätte Gottes Sohn nicht in einem schönen Palast, auf feinstem Damast zur Welt kommen sollen – so wie Königskinder, an einem besonderen Tag, an dem es duftet und der vertraute Geruch von Geborgenheit in die Nase zieht?

Doch er kommt anders zur Welt – unerwartet und unerhört anders. Gott kommt in den Alltag. Gott ist zu den ganz gewöhnlichen Menschen gekommen; in die Tage, die nach Sorgen, Hektik und Einsamkeit riechen. Er selbst hat diesen Geruch angenommen, hat (An-)Teil-genommen an Sorgen, Angst und Einsamkeit.

Gott selbst, der teilnimmt an unserem Menschendasein und der Anteil nimmt an unserem je individuellen Leben.

Darum steckt auch und gerade in den alltäglichen Gerüchen, in den Gerüchen von Mühe und Sorge ein göttliches Versprechen. Schon im Stall von Bethlehem riecht es für die Gläubigen nach Ewigkeit, Erlösung und nach der Hoffnung auf Geborgenheit.

Und dieses Versprechen, das Versprechen des menschengewordenen Gottes, des Gottes der Teilnahme und der Anteilnahme bleibt in allem weltlichen Dunst bestehen. Weit über Plätzchen-, Festschmaus- und Tannengeruch hinaus gilt uns seine Zusage: Siehe, ich bin bei euch alle Tage bis an der Welt Ende.

*Anja Sievers (1984) hat Ev. Theologie, sowie Agrar- und Pferdewissenschaften studiert. Sie ist seit 2014 Pastorin in einer ländlichen Gemeinde im Kirchenkreis Verden und im Arbeitsbereich „Kirche und Landwirtschaft“ im Sprengel Stade. Anja Sievers ist verheiratet und Mutter einer Tochter. [www.landwirtschaftundkirche.de](http://www.landwirtschaftundkirche.de)*